

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)  
Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.)

# *Probleme mit Polen?*

Polenbezogene Ressentiments in Vorpommern



Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hg.)

# *Probleme mit Polen?*

**Polenbezogene Ressentiments in Vorpommern**



---

## Impressum

Herausgeber Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
www.raa-mv.de

Redaktion Niels Gatzke, Bettina Bork, Timo Reinfrank, Christian Utpatel

Lektorat Uta Rüchel

Gestaltung type four, Christiane Vogt, Rostock

Fotos Beate Nelken, www.nelken.de

Druck Henryk Walther, Papier und Druckcenter Neubrandenburg

1. Auflage 2012

ISBN 978-3-00-039636-6

Die Inhalte der einzelnen Beiträge sowie die Verwendung von Begriffen widerspiegeln nicht zwangsläufig auch die Meinung des Herausgebers.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Sprache verzichtet. Gleichwohl sind stets beide Geschlechter gemeint.

Diese Publikation wurde erarbeitet und veröffentlicht im Rahmen des Projektes ***perspektywa***. *perspektywa* möchte für abwertende Stereotype und Wahrnehmungen von Polen sensibilisieren und Handlungssicherheit im Umgang mit polenfeindlichen Einstellungen vermitteln. Ziel von ***perspektywa*** ist es, eine langfristige, beständige und aktive Auseinandersetzung mit dem Problem der Polenfeindlichkeit anzuregen. In diesem Sinne erarbeitet das Projekt Bildungsangebote und Informationsmaterialien zu Entstehung, Wirkungsweisen und Funktionen von Polenfeindlichkeit. Darüber hinaus wird Wissen über das Land Polen und seine Bewohnerinnen und Bewohner vermittelt und damit das Interesse am östlichen Nachbarland Deutschlands gestärkt.

### ***perspektywa***

wird von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt und durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie die Freudenberg Stiftung gefördert.

In Kooperation mit:

**AMADEU ANTONIO STIFTUNG**  
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

FREUDENBERG  
STIFTUNG 

# Inhalt

<b>Vorwort • Fortsetzung oder Neubeginn – Polenfeindlichkeit der Deutschen</b>	<b>5</b>
<i>Anetta Kahane / Christian Utpatel</i>	
<b>Geleitwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt</b>	<b>9</b>
<i>Cornelia Pieper</i>	
<b>Das Polenbild in Deutschland – Entstehung und Gegenwart</b>	<b>13</b>
<i>Niels Gatzke</i>	
<b>Öffentliche Konflikte und Debatten rund um Polen</b>	<b>21</b>
<i>Christine Lang</i>	
<b>Das Polenbild der extremen Rechten – eine offene Kriegserklärung im Herzen Europas?</b>	<b>27</b>
<i>Dr. Dierk Borstel</i>	
<b>Das Polenbild im östlichen Vorpommern – Eindrücke aus Politik und Verwaltung</b>	<b>33</b>
<i>Christine Lang</i>	
<b>Kriminelle Geschäftemacher und billige Einkaufsmöglichkeiten?</b>	<b>41</b>
<b>Bilder von Polen und „den Polen“ im Alltag</b>	
<i>Christine Lang</i>	
<b>Polenbezogene Ressentiments in der Arbeitswelt</b>	<b>49</b>
<i>Katja Wegner</i>	
<b>Polenfeindlichkeit im vorpommerschen Umkreis von Stettin aus polnischer Sicht</b>	<b>55</b>
<i>Adrian Fiedler</i>	
<b>Beispiele für deutsch-polnische Begegnungen</b>	<b>63</b>
<i>Christine Lang</i>	
<b>Die Autoren</b>	<b>68</b>

Foto: Amadeu Antonio Stiftung



Anetta Kahane  
*Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung*

Foto: RAA Mecklenburg-Vorpommern



Christian Utpatel  
*Geschäftsführer der RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.*

# Vorwort

## Fortsetzung oder Neubeginn – Polenfeindlichkeit der Deutschen

Auschwitz – das ist der Name für die Massenmorde der Deutschen an den europäischen Juden, es ist das Synonym für die Erfindung der Industrie des Tötens aus ebenso leidenschaftlicher wie kalter Absicht, entstanden aus deutschem Hass, Neid, Verrat und Gier. Die Stadt jedoch, die diesen Namen trägt, liegt in Polen. Und bis heute hält dort die Erinnerung an Krieg und Massaker an. In fast allen Familien hat es Opfer gegeben. Kaum jemand in Polen, in dessen unmittelbarem Umfeld nicht auch eine traumatische Geschichte von willkürlichem Mord, Zwangsarbeit, Gräueln und Tod den Lebensweg begleitet hätte. Die infernale Aggressivität der Deutschen gegenüber den Polen hat nicht erst im Zweiten Weltkrieg begonnen, doch dort forderte sie Millionen polnische Menschenleben. Als diese Katastrophe mit dem Krieg vorläufig endete, war ein Trauma entstanden, an dessen Heilung noch einige Generationen zu arbeiten haben werden.

Wenn heute über das deutsch-polnische Verhältnis gesprochen wird, ist der Blick auf diese Tatsache ungleich verteilt. In Deutschland wird sie verdrängt und in Polen bemüht man sich nach Kräften um die Überwindung des Traumas. Die Nachkommen der Tätergeneration aber, sind – um es vorsichtig zu sagen – wenig duldsam mit den Nachfahren der Opfeneration. Das Wort duldsam ist in diesem Zusammenhang zynisch und beschreibt dennoch eine sehr weit verbreitete, vor allem von Herablassung geprägte Haltung der Deutschen gegenüber den Polen. Auch heute. Und

wenn wir das Bild des einen von dem anderen erfragen, sollte am Anfang das Bild der Deutschen bei den Polen stehen. Dass jedoch hier umgekehrt nach dem Bild der Polen bei den Deutschen gefragt wird, zeugt von der Schiefelage des deutsch-polnischen Verhältnisses: Wenn es nach physikalischen und auch moralischen Regeln ginge, dürften sich nicht ausgerechnet diejenigen selbst erheben, bei denen das Erbe der Schuld liegt. Logisch wäre es anders herum. Doch das anti-polnische Ressentiment bei vielen Deutschen hat sich gehalten, so als gebe es keine Geschichte die Verheerendes hervorgebracht hat. Wenn heute von deutscher Seite behauptet wird, dass man mit Polen auf gleicher Augenhöhe spreche, hat auch das etwas Anmaßendes: Entweder bedeutet es, dass die Deutschen mit ihren Verbrechen abgeschlossen haben und sich ungefragt selbst als geläutert erklären und sich so nun dem malträtierten Polen als Partner auf Augenhöhe empfehlen. Oder aber es bedeutet, dass man von deutscher Seite nun mit einer Geste des guten Willens die Gleichwertigkeit der Polen endlich einzuräumen bereit ist. Beides bricht nicht wirklich mit der verheerenden Tradition des deutschen Dünkels.

Dieser Hinweis auf die Geschichte ist leider notwendig, denn hört man manche Deutsche über Polen reden, könnte man meinen, das Zusammenleben – zumindest im letzten Jahrhundert – wäre zwar nicht ohne Probleme, aber bis auf einige, selbstverständlich nur polnische Defizite, doch unauffällig gewesen. Ge-



wiss, der Krieg, so heißt es dann, der sei wohl für alle gleichermaßen schlimm gewesen. Diese Verleugnung und Verdrängung ist es, die Normalität so schwierig macht. Normal wird das deutsch-polnische Verhältnis nur, wenn auch die Deutschen akzeptieren, dass es einfach nicht normal ist. Der deutlichste Beleg hierfür: die Polenfeindlichkeit in Deutschland ist nicht verschwunden. Sie hat sich im Krieg ausgetobt, in der Nachkriegszeit verharrte sie und in der DDR wurde sie zu bestimmten Gelegenheiten, wie zur Zeit der regimekritischen Gewerkschaft *Solidarność*, durch die Staatsführung sogar wieder angefacht. Nach dem Fall der Mauer kroch sie ebenso wieder hervor wie andere Formen der Menschenverachtung und versteckte sich gleichzeitig hinter ihnen. Wer über Rechtsextremismus sprach, übersah in der Regel die Polenfeindlichkeit, besonders im Osten. Zum einen weil sie so allgegenwärtig war und zum anderen weil sie schon immer ein Phänomen aller sozialen und kulturellen Schichten war. Der Rechtsextremismus begann erst vor einigen Jahren, sie auch offensiv zum Thema zu machen.

Polenfeindlichkeit ist sowohl ein nationalistisches als auch ein kulturalistisch-völkisches Konzept. Es ist voller abwertender Stereotype, voller Hochmut und niedriger Verachtung. Auch heute noch. Und gerade

jetzt, wo Polen sich rasant entwickelt und Regionen wie Vorpommern auch immer mehr polnische Einwohner haben, nimmt die anti-polnische Stimmung zu und kann zu einem ernsthaften Hindernis der Entwicklung in diesem Teil der Europäischen Union werden.

Nicht allein aus Gründen der Moral ist es notwendig auf Polenfeindlichkeit heute einzugehen. Der Gestus, mit dem sich Deutschland nun diesem Problem stellen muss, sollte ernsthaft sein. Nicht jammernd über die Zustände, von denen hier zu berichten, und nicht klagend über die Bedingungen, unter denen diese Aufgabe zu meistern sein wird. Nicht wehleidig darüber, wie schlimm das alles ist, und nicht sentimental, dass wir uns dem nun zuwenden. Das sind ganz falsche moralische Parameter. Wir beschäftigen uns mit Polenfeindlichkeit, weil sie einfach nicht hinzunehmen ist, weil sie falsch, verlogen und dumm ist. Wir machen etwas dagegen, weil es sie gibt. Es wäre schön sagen zu können, wir tun es ganz unabhängig davon, wie viele Polen von Deutschen ermordet wurden. Doch soweit sind wir nicht. Dazu fehlt den Deutschen noch sehr viel an Einsicht, Selbstreflexion und damit die Souveränität des in der Geschichte Besiegten – gerade gegenüber ihrem östlichen Nachbarn.

Anetta Kahane

*Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung*

Christian Utpatel

*Geschäftsführer der RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.*



Foto: Auswärtiges Amt



Cornelia Pieper

*Staatsministerin im Auswärtigen Amt*

*Koordinatorin für deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit*

## Geleitwort

„Probleme mit Polen?“ – im Grunde sollte dieser Titel längst einen Anachronismus darstellen. Polen zählt zu unseren wichtigsten Partnern in Europa. Die Grenze hat sich in eine verbindende Linie verwandelt. Für Menschen diesseits und jenseits von Oder und Neiße gehören Begegnung und Austausch zur selbstverständlichen Alltagserfahrung. Polen und Deutsche verbinden enge politische Beziehungen ebenso wie Kontakte in Wirtschaft, Kultur und Bildung, ein dichtes Netz tragfähiger zivilgesellschaftlicher Kontakte. Länder und Wojewodschaften, Kommunen und gesellschaftliche Organisationen suchen den Austausch, kooperieren einträglich und mit großem Nutzen für beide Seiten. Der Wert der Zusammenarbeit scheint gerade in den Grenzregionen auf der Hand zu liegen: Durch immer engere Verflechtungen werden diese zu einem dynamischen, gemeinsam und innovativ gestalteten Raum in der Mitte Europas.

Und dennoch – „Probleme mit Polen?“ Probleme, auf die die fleißigen Brückenbauer immer wieder zurückgeworfen werden. Althergebrachte Vorurteile und Vorbehalte gegenüber dem Fremden, das man zu kennen meint und nicht näher kennen lernen möchte? Der gut gemeinte Hinweis, dass es sich um Vorurteile handelt, ist wohlfeil. Und sind es tatsächlich „Probleme mit Polen“? Eher sind es Probleme in unserer eigenen Gesellschaft. Ängste vor Veränderung, die das Verhältnis zu unseren Nachbarn trüben und den Menschen im Weg stehen.

Es bedarf ihrer genauen Analyse, um ihnen konstruktiv begegnen zu können. Eben dies leisten die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Broschüre. Als Teil des Projekts *perspektywa* ist sie darauf gerichtet, Hintergründe und Genese immer noch bestehender Ressentiments zu verstehen und den Akteuren im Grenzgebiet Handlungssicherheit im Umgang mit ihnen zu geben. Dabei liegt es nicht nur im Interesse der Polen diesseits und jenseits der Grenze, dass wir der verzerrten Wahrnehmung Offenheit, Neugierde und Empathie entgegensetzen. Erst die Befreiung von den Blick verengenden Ressentiments befähigt die Bürger zu echter Teilhabe. Dass immer mehr Menschen im Grenzgebiet die neue Nähe in einer zunehmend enger werdenden Nachbarschaft aktiv und engagiert gestalten, ist unseren beiden Gesellschaften in höchstem Maße zu wünschen.

„Perspektywa“ – ein Begriff, der für Deutsche und Polen gleichermaßen verständlich ist –, steht als Hoffnungszeichen für die Weitung des Blicks. Gemeinsam schaffen Menschen diesseits und jenseits von Oder und Neiße Chancen und Perspektiven für ihre Region, die auch im europäischen Rahmen zukunftsweisend sind. Dabei spielt die Begegnung eine herausragende Rolle – mitunter sind es kleine Schritte, die Nähe schaffen. Und an großen und kleinen Schritten engagierter Bürger mangelt es im Grenzgebiet nicht, wie auch die Autoren der vorliegenden Studie aufzeigen.



Liebe Leserinnen und Leser, in diesem Jahr wurde der Deutsch-Polnische Preis für besondere Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen auf deutscher Seite der Europaschule Deutsch-Polnisches Gymnasium in Löcknitz verliehen. Dort lernen Schülerinnen und Schüler aus beiden Ländern seit nunmehr über fünfzehn Jahren gemeinsam auf Deutsch und Polnisch. Solche Projekte setzen Zeichen – und stellen gleichzeitig für die jungen Menschen, die auf diese Weise aufwachsen, längst eine für Teile der Gesellschaft noch neue, ungewohnte Normalität dar. Jenen, die täglich daran arbeiten, dass diese Normalität für immer mehr Menschen gelebte Gegenwart wird, möchte ich herzlich danken. Die vorliegende Studie ist Teil dieses Engagements und gleichzeitig eine wichtige Handreichung für alle Akteure, die sich in ihrer täglichen Arbeit darum bemühen, die Menschen diesseits und jenseits der Grenze noch näher zusammenzubringen.



*Staatsministerin im Auswärtigen Amt*

*Koordinatorin für deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit*



# Das Polenbild in Deutschland – Entstehung und Gegenwart

Niels Gatzke

Nach einer 2009 durchgeführten Passantenbefragung der Universität Münster<sup>1</sup> im damaligen Landkreis Uecker-Randow sind 18,4 Prozent der Deutschen der Meinung, dass sich das deutsch-polnische Verhältnis seit dem EU-Beitritt Polens zum Negativen verändert habe. Die meistgenannten Begründungen dafür waren: „Polen nutzen Transferleistungen des Staates“, „die Ausländerfeindlichkeit steigt“ oder „der Zuzug von Polen“. An diesem Beispiel werden mit dem Nachbarland verbundene Ängste und Vorbehalte deutlich, die auf verbreitete Vorurteile und Stereotype gegenüber Polen zurückgreifen können. So werden heute Polen und die Polen mit „Diebstählen“ und „Verbrechen“, „günstigen Preisen“, „billigen Arbeitskräften“, „schönen Landschaften“, „Armut“, „Rückständigkeit“ und „Religiosität“ in Verbindung gebracht.<sup>2</sup>

## Entstehung des deutschen Polenbildes

Diese teils negativen Einstellungen gegenüber Polen haben historische Vorläufer. Bereits in der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in einer Zeit, in der in Europa verstärkt der Prozess der Nationenbildungen einsetzte, wurde in Deutschland ein negatives Bild vom Staat Polen gezeichnet. Durch viele Polen-Reisende aus Westeuropa, die Denkweisen der Aufklärung vertraten, entstand das Bild eines rückständigen und

halbzivilisierten Staates, einer unregierbaren Adelsrepublik. Darin sahen sie eine reformbedürftige, mittelalterliche Staatsform, die im Gegensatz zur angestrebten bürgerlichen Rationalität und zur Modernität stehe. In dieser Zeit tauchte auch der Begriff „polnische Wirtschaft“ zum ersten Mal auf. Mit „polnischer Wirtschaft“ bezeichnete man eine chaotische Unordentlichkeit, gepaart mit Rückständigkeit, Unfähigkeit und Faulheit. In enger Verbindung mit anderen Begriffen wie Unregierbarkeit, Anarchie, Unreinlichkeit oder Untauglichkeit sollte dieser Begriff die Verhältnisse in Polen erklären.

Dem entgegen setzte mit dem Novemberaufstand in Polen von 1830/31 eine emotionale Neubewertung Polens ein, die Aufbruchsstimmung der polnischen Aufständischen erfasste auch beachtliche Teile des deutschen Bürgertums. Letzteres verglich den polnischen Unabhängigkeitskampf mit der Herstellung der Einheit in einem demokratischen Staat in Deutschland. Der deutlichste Ausdruck dessen war das Hambacher Fest am 27. Mai 1832 „Für Eure und unsere Freiheit“. Es herrschte eine regelrechte Polenbegeisterung in Deutschland, die einen starken Ausdruck in zahllosen „Polenliedern“ fand. Polen wurde zum Symbol der Freiheit und die Polen zu Vorkämpfern für eine bessere Zukunft.

---

1 Vgl. Krajewski, Christian: *Wohnmigrations- und Integrationsprozesse von Polen im deutschen Grenzgebiet der Euroregio Pomerania: Ausdruck von Suburbanisierungstendenzen der Metropole Stettin?* – Projektbericht, Institut für Geographie, WWU Münster 2011.

2 Vgl. Kolarska-Bobińska, Lena / Łada, Agnieszka (Hrsg.): *Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa*, Warszawa 2009, S. 188 ff.

Die Nichtexistenz eines polnischen Staates in dieser Zeit erleichterte die Zuneigung zu Polen. Da es kein staatliches Gebilde war, sondern ein unscharf definiertes Gebiet „jenseits der Weichsel“, konnte es je nach Bedarf dem östlichen oder westlichen Kulturraum zugeordnet werden. Damit entstanden zwei gegensätzliche Bilder von Polen, die schnell in das jeweilig andere umschlagen konnten. Auf der einen Seite wurden den Polen überhöhte und idealisierte Attribute wie: tapfer, mutig und heldenhaft zugeschrieben<sup>3</sup>, die Polen wurden bewundert für ihre Freiheitsliebe, ihr Eintreten für die gerechte Sache, ihren Mut, sich auch Stärkeren entgegenzustellen. Diese Bilder manifestierten sich im Stereotyp des „edlen Polen“ und der „schönen Polin“, wobei letztere nicht nur weiblichen Reiz und Attraktivität besitzt, sondern auch eine Patriotin ist und sich für das verlorene Vaterland einsetzt. Auf der anderen Seite galten Polen als disziplinos, sprunghaft und unberechenbar.<sup>4</sup> Es existierte weiterhin die Meinung, Polen sei von seiner Wirtschafts- und Sozialverfassung her ein rückständiges Land, das sich nicht selbst effizient organisieren könne und demnach zwangsläufig seine Staatlichkeit verlieren musste. Mit Goethes Worten: „Die Polen wären doch untergegangen, mussten nach ihrer ganzen verwirrten Sichtweise untergehen.“<sup>5</sup>

Die in Deutschland besonders hochgeschätzten bürgerlichen Tugenden, wie Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit, wurden im 19. Jahrhundert zunehmend als deutsche Nationaltugenden interpretiert und markierten damit einen Gegenpol zu den den Polen unterstellten

Eigenschaften. Daran wird deutlich, dass das deutsche Fremdbild von Polen und dessen Bevölkerung sich nur vor dem Selbstbild der „deutschen Ordnung“ manifestieren konnte.

## Neue Aspekte durch Zuwanderung

Vor dem Hintergrund der Zuwanderung polnischer Erwerbsmigranten am Ende des 19. Jahrhunderts verstärkten sich die Ressentiments der Deutschen gegenüber den Polen. Neben Gewalttätigkeit und Zügellosigkeit wurde den Polen nun auch Armut, Trunksucht und Kriminalität unterstellt.<sup>6</sup> In dieser Zeit kombinierte die deutsche Polenfeindlichkeit soziale Diskriminierung mit nationalen Vorurteilen und der „Andersartigkeit“ der Polen, die nicht immer Deutsch verstanden. Die polnischen Zuwanderer kamen in der Regel aus bäuerlich geprägten Umgebungen, hingen ländlichen Traditionen an und fanden sich im städtischen Raum oft schwer zurecht, was als Beweis nationaler, später „rassischer“ Minderwertigkeit angesehen wurde.<sup>7</sup> Dabei kam es zu Erscheinungsformen von internationaler Lohn- und Verdrängungskonkurrenz – Begriffe wie „Lohndrücker“, „Schmutzkonkurrenten“ und „Streikbrecher“ tauchten auf.<sup>8</sup>

Besonders im ländlichen Raum, so auch in Mecklenburg und Pommern, spitzten sich antipolnische Einstellungen seit den 1890er Jahren bis in die Weimarer Republik zu. Die ländlich geprägten Gegenden östlich der Elbe befanden sich in einer Zwitterstellung

---

3 Vgl. Zimmermann, Hans Dieter (Hrsg.): *Mythen und Stereotypen auf beiden Seiten der Oder*. Schriftenreihe des Forum Guardini, Bd. 9, Berlin 2000, S. 11f.

4 Ebenda.

5 Johann Wolfgang Goethe: *„Vorschlag zur Einführung der deutschen Sprache in Polen“*. Zit. nach: Zimmermann, Hans Dieter (Hrsg.): *Mythen und Stereotypen auf beiden Seiten der Oder*. Schriftenreihe des Forum Guardini, Bd. 9, Berlin 2000, S. 11f.

6 Vgl. Ruchniewicz, Krzysztof/Kerski, Basil (Hrsg.): *Polnische Einwanderung. Zur Geschichte und Gegenwart der Polen in Deutschland*, Göttingen 2011, S. 75 – 83 und Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, Bonn 2003, S. 82.

7 Vgl. Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, Bonn 2003, S. 14ff.

8 Vgl. Bade, Klaus J. (Hrsg.): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992, S. 320ff.

zwischen Auswanderungs- und Einwanderungsland. Während die einheimische Bevölkerung, aufgrund des Strukturwandels und sich auflösender feudal geprägter Arbeitsstrukturen, in die westdeutschen Industriezentren und nach Berlin abwanderte, wurden ausländische Saisonkräfte, vor allem Polen, angeworben. Die Zusammenhänge wurden von vielen Zeitgenossen verdreht und eine angebliche „Polonisierung“ als Ergebnis einer „Verdrängung“ deutscher Landarbeiter durch polnische Saisonarbeiter gesehen.<sup>9</sup> Dabei wurden Parolen wie „Überfremdung“, „Überschwemmung durch Ausländer“ und „Deutschland den Deutschen“ genutzt.<sup>10</sup>

### Vom Feindbild zum Verlust der Heimat

In der Weimarer Republik, als ein unabhängiger polnischer Staat wiedererstand, wurden die bisherigen negativen Stereotype um die angebliche Aggressivität und Militanz der Polen ergänzt. Polen wurde als „Saison- und Räuberstaat“ bezeichnet. In der Presse wurde Polen öffentlich mit Ungeziefer und Bestien in Verbindung gebracht.<sup>11</sup> Im Zusammenhang mit traumatischen Erfahrungen von Gebietsabtretungen, Grenzkonflikten und turbulenten Abstimmungskämpfen trat nun der „polnische Reichsfeind“ für die gesamte Nation deutlich sichtbar als außenpolitischer Gegner hervor und symbolisierte für viele Deutsche schon durch seine Existenz den Verlust einer Großmachtstellung in Europa. Wechselweise wurden die Vorwürfe einer minderheitenfeindlichen Politik, aggressiver Rüstungsanstrengungen oder territorialer und wirtschaftlicher Expansionsabsichten erhoben, und die Stereotype über Polen wandelten sich in Deutschland zu Feindbildern.

Die Nationalsozialisten hielten sich nach der Machtgreifung in ihrer antipolnischen Propaganda bis

Anfang 1939 zunächst aus taktischen Gründen zurück, knüpften dann aber an die früheren Vorbehalte und Stereotype an. Die Polen wurden als „rassisch minderwertig“ angesehen, mit der Konsequenz der Liquidierung der polnischen Intelligenz, der Massenausiedlung in Richtung Osten und der Deportation von Zwangsarbeitern. Ein Ergebnis dieser Politik war die Westverschiebung Polens auf Kosten zu Deutschland gehörender Gebiete nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Erinnerung an die abgetretenen Gebiete und den damit für Millionen von Deutschen verbundenen Verlust der Heimat bestimmte in den Nachkriegsjahren das Bild von Polen.

### Stereotype von langer Dauer

In den unterschiedlichen Reaktionen der DDR und in der Bundesrepublik bei Entstehen der *Solidarność* in den 1980er Jahren wird deutlich, wie die beiden Jahrhunderte alten, gegensätzlichen Stereotype, auf der einen Seite das der „polnischen Wirtschaft“ und auf der anderen Seite das des „tapferen Polen“ sich verfestigten. Die DDR-Führung benutzte alte, tief in der Gesellschaft verankerte Stereotype von Polen, um ein Übergreifen der polnischen Demokratiebewegung auf die DDR zu verhindern und um den Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft in Polen zu diskreditieren. Dazu wurde bewusst das Bild der „polnischen Wirtschaft“ reaktiviert; das Schlagwort tauchte 1981 in der DDR plötzlich wieder auf. Das Klischee vom arbeitsunwilligen, faulen Polen, von polnischer Schlamperei und Misswirtschaft wurde in zahlreichen, oft bösartigen Witzen zu neuem Leben erweckt. Entgegen der offiziellen Position der DDR wurden Begriffe wie „polnische Wirtschaft“ mehr oder weniger direkt von SED-Funktionären und Intellektuellen als „Erklärung“ für die Vorgänge im Nachbarland gebraucht.<sup>12</sup>

9 Ebenda.

10 Ebenda und Fn. 7.

11 Vgl. Fischer, Peter: *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919 – 1939*, Wiesbaden 1991, S. 34.

12 Vgl. Lawaty, Andreas / Orłowski, Hubert (Hrsg.): *Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik*, München 2003, S. 276.



In Westdeutschland dagegen dominierte in den 1980er Jahren mit Bezug auf die Solidarność-Bewegung das gegenläufige Bild. Eine große Solidaritätswelle machte sich breit. Erneut wurde das Bild vom polnischen Freiheitshelden reaktiviert und eine neue Begeisterung für Polen trat hervor, die sich beispielsweise in der groß angelegten Polenhilfe in Form von Paketaktionen zeigte.<sup>13</sup>

## Die heutige Wahrnehmung

Auch heute finden sich von den verwurzelten Vorurteilen, dass die Polen „rückständig“, „unmodern“ und „unwirksam“ in ihrem Handeln seien, noch deutliche Spuren. Bei spontanen Assoziationen zu Polen überwiegen Äußerungen über Kriminalität, so eine Studie des Allensbach-Instituts. So meinen z. B. 52 Prozent der Deutschen, in Polen gäbe es eine hohe Kriminalität und 47 Prozent, dass in Polen Korruption herrsche.<sup>14</sup> Negative Zuschreibungen, wie „Unordentlichkeit“, „Unzuverlässigkeit“, „Unorganisiertheit“, genauso wie „Religiosität“, „Armut“, „Rückständigkeit“ und eine „schlechte Arbeitsorganisation“, aber auch „inkompetente Politiker“ lassen sich wiederholt auch in weiteren Studien finden. Die Wahrnehmung von Polen durch die Deutschen zeigt, dass Vorurteile und Stereotype immer noch das Bild von unseren östlichen Nachbarn prägen.<sup>15</sup>

Die Deutschen nehmen Polen weiterhin in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht als von den westeuropäischen Standards abweichend wahr.<sup>16</sup> Nur 21 Prozent der Deutschen halten Polen für eine gefestigte Demokratie.<sup>17</sup> Damit hätte Polen nach Ansicht der Mehrheit der Deutschen ein Kriterium für den Beitritt zur Europäischen Union nicht erfüllt. Lediglich 8 Prozent sind der Meinung, dass es Polens Wirtschaft gut gehe<sup>18</sup> – trotz der Tatsache, dass Polen neben Deutschland eines der wenigen Länder der EU war, welches die Finanz- und Wirtschaftskrise weitgehend unbeschadet überstanden hat und Polens Wirtschaft 2009 als einzige der EU ein Wachstum aufweisen konnte.

Aber es gibt auch gegenläufige Tendenzen. Ein gutes Beispiel für die Veränderung Jahrhunderte alter Stereotype ist, dass in der Wahrnehmung der Polen durch die Deutschen die negativ definierte Eigenschaft Faulheit allmählich von der positiv definierten Eigenschaft Fleiß abgelöst wird.<sup>19</sup> Ebenfalls zu den Positivzuschreibungen gehören heute touristische Assoziationen wie „günstige Preise“ und „Gastfreundlichkeit“<sup>20</sup>, die allerdings einer „empfundenen Rückständigkeit“ Polens nicht widersprechen müssen, sondern diese auch manifestieren können.

---

13 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Informationen zur politischen Bildung Nr. 271. Vorurteile – Stereotype – Feindbilder*, Bonn 2001, S. 29.

14 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: *Ein großer Schritt in Richtung Normalität: Der Stand der deutsch-polnischen Beziehungen. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen in Deutschland und Polen*, 2011, S. 60ff.

15 Vgl. Gatzke, Niels: *Polenbild in Deutschland: Wandel und Kontinuität – von Polen als Gegenbild der Aufklärung bis zur EU-Reformdebatte*, Potsdam 2010, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-290503>.

16 Vgl. Fn. 2.

17 Vgl. Fn. 14.

18 Ebenda.

19 Vgl. Falkowski, Mateusz/Popko, Agnieszka: *Polen und Deutsche. Gegenseitige Wahrnehmungen nach der Osterweiterung der Europäischen Union*, Warszawa 2006, S. 7ff.

20 Ebenda.

## Distanz – Sympathie – Akzeptanz

Die Folge dieser langlebigen Stereotype und Vorurteile über Polen in der deutschen Öffentlichkeit ist eine gefühlte Distanz und geringe Sympathie gegenüber dem polnischen Nachbarn. So sind nach einer Studie des Instituts für öffentliche Angelegenheiten<sup>21</sup> 42 Prozent der Deutschen der Meinung, dass sie sich von den Polen unterscheiden, während nur 17 Prozent der Meinung sind, dass sie den Polen ähnlich sind.

Der Grad der Sympathie gegenüber Polen liegt in Deutschland bei gerade 32 Prozent, 21 Prozent zeigen sogar Antipathie gegenüber den Polen. Der Rest hegt weder Sympathie noch Antipathie.<sup>22</sup> Die größte Sympathie und geringste Distanz haben besser Gebildete, Führungskräfte und Beamte.<sup>23</sup> Deutschlands Nachbarn im Westen sind nach wie vor deutlich beliebter bei den Deutschen als jene im Osten. Polen fällt mit den geringsten durchschnittlichen Sympathiewerten bei den Deutschen deutlich aus dem Rahmen. Auf einer Skala von +5 bis -5 ergab sich bspw. für Frankreich ein durchschnittlicher Sympathiewert von 2,58; während Polen auf 0,24 kommt. Damit ist die Sympathie gegenüber Polen geringer als gegenüber Russland (0,58).<sup>24</sup>

Eine weitere Folge der beschriebenen Stereotype und Vorurteile ist die geringe Akzeptanz, die den Polen entgegengebracht wird, wenn sie in aus deutscher Sicht als ungewohnt empfundenen gesellschaftlichen Rollen agieren. So akzeptieren heute fast alle Deutschen Polen als Touristen, während die Ausübung öffentlicher oder führender Ämter durch Polen (beispielsweise als Stadt- oder Gemeinderat oder als Vorgesetzter) auf niedrige Akzeptanz stößt.

Da verwundert es nicht, dass das Nachbarland Polen von der Mehrheit der Deutschen entweder gar nicht wahrgenommen wird<sup>25</sup> oder Desinteresse vorherrscht<sup>26</sup>. Lediglich 6 Prozent der Deutschen haben ein Interesse an den Entwicklungen in Polen.<sup>27</sup> Nur sehr geringe Teile der Bevölkerung können überhaupt ihnen bekannte polnische Persönlichkeiten benennen<sup>28</sup> oder kennen die polnische Außenpolitik, die Kultur und Geschichte, die Wirtschaft oder das politische und gesellschaftliche Leben Polens<sup>29</sup>. 90 Prozent der Deutschen meinen, sie könnten sich nicht vorstellen nach Polen zu ziehen, dort zu leben und zu arbeiten.<sup>30</sup> Die starken Veränderungen in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht in Polen scheinen offenbar die wenigsten Deutschen zur Kenntnis zu nehmen.

---

21 Vgl. Fn. 2.

22 Vgl. Fn. 14.

23 Vgl. Fn. 2.

24 Vgl. Fn. 14.

25 Vgl. Weber, Norbert H. (Hrsg.): *Die Oder überqueren. Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag, Interdisziplinäre Studien zum Verhältnis von Migrationen, Ethnizität und gesellschaftlicher Multikulturalität, Bd. 10*, Frankfurt am Main 1999, S. 8ff.

26 Vgl. Fn. 19.

27 Vgl. Fn. 14.

28 Vgl. Geht doch nach drüben!, in: *GEO Special: „Polen“*, Nr. 4 August/September 2004, S. 94 – 97.

29 Vgl. Fn. 19.

30 Vgl. Fn. 14.

Dennoch bietet das Zusammenwachsen des deutsch-polnischen Grenzraumes durch den Beitritt Polens zur EU, die Öffnung der Grenzen und die Herstellung der völligen Freizügigkeit die Chance zu einer positiven Veränderung des Polenbildes in der Bevölkerung in Deutschland. Besonders in den Grenzgebieten an Oder und Neiße könnte die Entwicklung – vor allem auch der wirtschaftliche Aufschwung Polens – erstmals in den letzten Jahrhunderten zu einem nicht von Feindschaften geprägten Miteinander führen. Leider ist dennoch das Bild über Polen in Deutschland immer noch von Stereotypen und Vorurteilen bestimmt. Dies wird durch mangelndes Wissen und Desinteresse über das Nachbarland verstärkt. So haben negative Erfahrungen, die mit Polen verbunden werden, es einfach, immer wieder als bestätigt wahrgenommen zu werden. Dabei zeigt sich, dass diese negativen Bilder vom östlichen Nachbarland nicht erst gestern entstanden sind. Sie können, wie dargestellt, teilweise an Jahrhunderte alte Traditionen anknüpfen. Interessant sind Parallelen zur heutigen Zeit: Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Ursachen für eine Abwanderung junger Menschen und der Zuwanderung von Polen verdreht. Auch die unablässige Thematisierung der „Vertreibung“ durch Rechtsextreme erinnert eher an die 1920er Jahre als an aktuelle Debatten.

Zur Überwindung dieser Vorurteile und Stereotype braucht es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den hier aufgezeigten, teilweise Jahrhunderte alten Vorurteilen und deren ideologischer Funktionalisierung sowie einen offenherzigen und neugierigen Blick auf das Nachbarland, um in einer langfristigen, beständigen und aktiven Auseinandersetzung die Klischees und Ängste aus dem Kollektivgedächtnis zu verbannen.







# Öffentliche Konflikte und Debatten rund um Polen

Christine Lang

Im Zuge der EU-Erweiterung, der Aufhebung der Grenzkontrollen und der Arbeitnehmerfreizügigkeit wurden die Grenzen zwischen Polen und Deutschland in den letzten Jahren sukzessive abgebaut. Die Lebenswelten der Menschen auf beiden Seiten der Grenze rücken damit zunehmend näher aneinander. In Mecklenburg-Vorpommern steigt die Nachfrage nach polnischen Fachkräften und Auszubildenden; polnische Ärztinnen und Ärzte sind zu unverzichtbaren Stützen der ländlichen Gesundheitsversorgung geworden und mehr und mehr Polen zieht es auch zum Wohnen in das östliche Vorpommern. Konfliktfrei laufen diese Entwicklungen nicht ab. Im Gegenteil: Regelmäßig wird in „den Polen“ und der Nähe zu Polen eine Ursache von aktuellen Problemen gesehen – ein gefundenes Fressen für die rechtsextreme Szene, die besonders eifrig solche Konflikte schürt und damit antipolnische Ressentiments mobilisiert.

Die öffentlichen Debatten und Konflikte rund um Polen und „die Polen“ in der grenznahen Region können besonders an vier Themen festgemacht werden, welche im Folgenden beschrieben werden sollen. Sie unterscheiden sich in ihren Erscheinungsformen, sind teils lokal begrenzt, teils von größerer Reichweite. Gemeinsam ist diesen Debatten und Konflikten, dass an ihnen ablehnende und feindliche Haltungen gegenüber Polen öffentlich sichtbar werden. Polenfeindliche Ressentiments treten hier in unterschiedlicher Art und Weise auf: hauptsächlich in rechtsextremen Pa-

rolen, zum Teil aber auch direkt in den Äußerungen und Einstellungen der Menschen. Dabei wird deutlich, dass für die Dynamik des öffentlichen Diskurses nicht nur die Mobilisierung durch die NPD oder die rechtsextreme Szene eine Rolle spielt. Darüber hinaus sind die mediale Berichterstattung sowie der Umgang der demokratischen Akteure mit bestehenden Problemen von großer Bedeutung dafür, wie sich öffentliche Konflikte rund um Polen und die polnischen Nachbarn entwickeln.

## Der Zuzug von Polen

Ein erster häufiger Gegenstand öffentlicher Alltagsdiskussionen ist der Zuzug polnischer Bürgerinnen und Bürger in die deutsche Grenzregion – hauptsächlich in den 11 km von der Grenze entfernten Ort Löcknitz und die umliegenden Dörfer. Seit dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 ist die Zahl polnischer Einwohnerinnen und Einwohner im Amt Löcknitz-Penkun auf über 850 gestiegen (7,2 Prozent der Gesamtbevölkerung); im gesamten Gebiet des ehemaligen Landkreises Uecker-Randow wohnen inzwischen über 1.200 polnische Staatsangehörige, das sind 1,5 Prozent der dortigen Bevölkerung.<sup>1</sup> Der Bürgermeister von Löcknitz kommt häufig in den Medien zu diesem Thema zu Wort und betont die Vorteile, die der Zuzug aus dem Nachbarland für den Ort mit sich bringt: kein Wohnungsleerstand mehr, gut ausgelastete Schulen und Kindergärten, wirtschaftlicher Aufschwung.

---

1 Vgl. Krajewski, Christian: *Wohnmigrations- und Integrationsprozesse von Polen im deutschen Grenzgebiet der Euroregion Pomerania: Ausdruck von Suburbanisierungstendenzen der Metropole Stettin?* Projektbericht, Institut für Geographie, WWU Münster 2011.

Doch diese Ansicht wird nicht überall geteilt. Der Zuzug von Polen trifft in Löcknitz und Umgebung auf eine starke rechtsextreme Szene. Immer wieder wurden in Löcknitz in den letzten Jahren Autos mit polnischen Kennzeichen beschädigt und polenfeindliche oder rechtsextreme Parolen an Hauswände geschmiert.<sup>2</sup> Die „Hochphase“ solcher gegen Polen gerichteter Übergriffe wurde in den Jahren 2007 bis 2009 registriert. Aber die Situation hat sich nur scheinbar beruhigt. Im Mai 2011 wurde beispielsweise wieder ein polnisches Auto demoliert und im Juli ein 20 Meter langer Schriftzug „Polacken raus. Deutschland den Deutschen“ an eine Mauer gesprüht.<sup>3</sup>

Die Ablehnung der neuen polnischen Nachbarn zeigt sich jedoch nicht nur in öffentlich sichtbaren Handlungen. „Es verschiebt sich ein bisschen in den Alltag“, meint Regine Krüger-Finke vom Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V.<sup>4</sup> Der Alltag, das sind zum Beispiel Diskussionen und Beschwerden darüber, dass auch polnische Bürgerinnen und Bürger Sozialleistungen in Deutschland bekommen. Auch unter Jugendlichen sind polenfeindliche Ressentiments und eine ablehnende Haltung beispielsweise gegenüber polnischen Mitschülern – ebenso wie rechtsextreme Einstellungen – wahrnehmbar. In der Öffentlichkeit der Region ist dies jedoch kaum ein Thema.

Äußert öffentlichkeitsbedacht ist beim Thema Zuzug von Polen dagegen die NPD, die die Präsenz polnischer Bürgerinnen und Bürger in der Region für ihre Kam-

pagnen gegen eine „Polonisierung“<sup>5</sup> nutzt. Die im Jahr 2009 bundesweit bekannt gewordenen NPD-Wahlplakate mit der Parole „Polen-Invasion stoppen“ hingen dementsprechend bevorzugt im Raum Löcknitz. Immer wieder stellt die rechtsextreme Partei auch detaillierte Anfragen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, um Informationen zur Lebenssituation, zum Erhalt von Sozialleistungen oder zur Kriminalitätsrate zugezogener Polen im (ehemaligen) Landkreis Uecker-Randow zu bekommen.<sup>6</sup>

## Die Bundesstraße 104

Ebenfalls in Löcknitz konzentriert sich ein weiterer Konflikt. Mitten durch den Ort verläuft die Bundesstraße 104, die in westlicher Richtung über Pasewalk quer durch Mecklenburg-Vorpommern führt und in östlicher Richtung zum Grenzübergang Linken und nach Polen. Auf der Straße ist viel Schwerlastverkehr unterwegs, der entsprechenden Lärm verursacht. Inwieweit der Verkehr mit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Jahr 2007 zusammenhängt, ist dabei umstritten. Auch über die Ursache des starken Verkehrsaufkommens gibt es unterschiedliche Ansichten. Während die einen behaupten, es handle sich um den Versuch, die Autobahn-Maut zu umgehen, halten andere dagegen, dass die Bundesstraße der direkte Weg zu den Zielen der LKWs sei. Klar ist jedoch, dass sich die Anwohner durch den Lärm belästigt fühlen und die Politik Schwierigkeiten hat, eine Lösung zu finden. Vorschläge wie die Erhebung einer Maut, ein Nachtfahrverbot, eine Tonnage-Begrenzung oder eine Umgehungsstraße scheiterten an fehlenden Voraussetzungen und eingeschränkten politischen Handlungsmöglichkeiten, an den Inte-

---

2 Vgl. LOBBI e.V., *Chronologie rechter Gewalt*, <http://www.lobbi-mv.de/> (Zugriff: 15.7.2011).

3 Vgl. Nordkurier, 19.5.2011 und 20.7.2011.

4 Gespräch mit Regine Krüger-Finke, Mitarbeiterin am Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern, 14.7.2011.

5 Zum Begriff „Polonisierung“ siehe auch den Artikel von Niels Gatzke in dieser Broschüre.

6 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Parlamentsdatenbank, <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/> (Zugriff: 20.7.2011).

ressen der regionalen Wirtschaft oder der lokalen Gemeindevertreter.<sup>7</sup> Daher wurde bisher nur eine nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h festgelegt, die aber nicht zur gewünschten Reduzierung des Lärms führte, ebenso wenig wie Schilder am Ortseingang, welche die LKW-Fahrer auf Deutsch und Polnisch darum bitten, Rücksicht zu nehmen.

Das Problem ist allerdings nicht nur der Verkehr, sondern auch das Gefühl der Menschen, von der Politik im Stich gelassen zu werden. Selbst der ehemalige Landrat von Uecker-Randow, Volker Böhning, gesteht eine mangelnde Kommunikation mit den Betroffenen vor Ort ein. In einer Kreistagsrede im Dezember 2010, in der er die Schwierigkeiten darlegt, eine befriedigende Lösung für das Problem des Verkehrslärms an der B 104 zu finden, stellte er fest: *„Die Tatsache, dass diese klare Botschaft in dieser Form nicht an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet wurde, ist für die augenblickliche massive Verstimmung sicherlich mitverantwortlich.“*<sup>8</sup> Diese „massive Verstimmung“ nutzt die NPD, um sich als Sprachrohr für die Unzufriedenheit der Anwohner zu profilieren. Sie gibt dem Konflikt um die Bundesstraße einen ausländischer- und polenfeindlichen Anstrich, indem sie betont, dass es sich um *„überwiegend ausländische LKWs“* oder LKWs *„vorwiegend mit polnischem Kennzeichen“* handle.<sup>9</sup> Öffentlichkeitswirksam aufgegriffen wurde das Thema von der NPD vor allem mit einer Demonstration in Löcknitz im Dezember 2010, bei der sie die Schließung des Grenzübergangs Linken für den Schwerlastverkehr forderte. Neben rund 100 Neonazis kam zu dieser Demonstration auch eine kleine Gruppe Löcknitzer. Die NPD scheint bei einigen Betroffenen also

Erfolg mit ihrer Strategie zu haben, sich als Kümmerer darzustellen. *„Die NPD ist die einzige Partei, die mir zuhört“*, meint ein besonders aktiver Löcknitzer Bundesstraßengegner, der schon Unterschriften gegen den Schwerlastverkehr gesammelt hat.<sup>10</sup> Der Konflikt um die Bundesstraße ist damit eine gute Gelegenheit für die Rechtsextremen, ihre rassistische und polenfeindliche Propaganda zu verbreiten.

## Arbeitnehmerfreizügigkeit

Das Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit stand insbesondere zu Beginn des Jahres 2011 auf der Agenda der öffentlichen Debatten rund um Polen. Am 1. Mai 2011 erhielten nach mehrjähriger Übergangsfrist auch Angehörige der mittelosteuropäischen EU-Mitgliedsländer, darunter Polen, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in Deutschland. Die bis dahin geltenden Zugangsbeschränkungen zum deutschen Arbeitsmarkt fielen damit weg.

Die Debatte wurde und wird in erster Linie von rechtsextremer Seite angeführt und mit antipolnischen Schlagworten versehen. Die einschlägigen Hauswurf-Postillen und Informationsportale propagieren die *„Überschwemmung durch Fremdarbeiter“* und warnen vor *„einer Million Polen“*, die *„in den Startlöchern“* stehen, um nach Deutschland zu *„strömen“*.<sup>11</sup> Die Arbeitnehmerfreizügigkeit war auch Thema eines NPD-Aufmarsches am 1. Mai 2011, der passend zum Anlass und zum bevorstehenden Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern in Greifswald stattfand. Das Motto der Demonstration: *„Unsere Heimat – unsere Arbeit! Fremdarbeiterinvasion stoppen“*. Auf der

7 Vgl. der Bericht des Landrats Volker Böhning, in: *Landkreis Uecker-Randow: Niederschrift über die 7. Sitzung des Kreistages am 6. Dezember 2010*, S. 36ff.

8 Ebd., S. 39.

9 Z. B. <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=515&mid=7>  
[http://www.npd-mv.de/uploads/documents/2010/20101123\\_b104.pdf](http://www.npd-mv.de/uploads/documents/2010/20101123_b104.pdf) (Zugriff: 20.7.2011).

10 Olaf Sundermeyer: *NPD will Grenze zu Polen schließen*, [http://endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=6052:npd-will-grenze-zu-polen-schlie%C3%9Fen&Itemid=428](http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6052:npd-will-grenze-zu-polen-schlie%C3%9Fen&Itemid=428) (Zugriff: 20.7.2011).

11 Hier: *Der Uecker-Randow-Bote, Ausgabe 1/2011*, S. 1.



anderen Seite bemühten sich vor dem 1. Mai 2011 Arbeitsmarktexperten und demokratische Politiker, Einschätzungen zu den möglichen Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die grenznahe Region zu geben. In den öffentlichen Äußerungen zum Thema dominierte dabei die Betonung der Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, verbunden mit der Hoffnung, dass polnische Fachkräfte und Auszubildende die wachsende Zahl freier Stellen in der Region besetzen könnten. Zugleich wurde aber bezweifelt, dass es mangels attraktiver Arbeitsmöglichkeiten viele polnische Arbeitskräfte in den grenznahen Raum ziehen werde.<sup>12</sup> Das Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit war außerdem Anlass, die generellen Vorteile der Nähe zu Polen – zur „Metropolregion Stettin“ – für die wirtschaftliche Zukunft der strukturschwachen Region herauszustreichen.<sup>13</sup>

Die Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit fand hauptsächlich in der politischen Öffentlichkeit statt. Im Alltag der Menschen vor Ort spielte sie offenbar weniger eine Rolle.<sup>14</sup> Inwieweit die Argumente der demokratischen Seite die Bevölkerung erreichten und als Gegenpositionen zur rechtsextremen Mobilisierung von Ängsten vor polnischer Zuwanderung wahrgenommen wurden, ist schwer zu beurteilen.

## Kriminalität in der Grenzregion

Die Diskussion über steigende Kriminalität in der Grenzregion erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im Frühjahr 2011. Zentraler Schauplatz war dabei die Insel Usedom. Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen Ende 2007, im Zuge des Beitritts Polens zum Schengen-Raum, soll die Kriminalität in der Region spürbar an-

gestiegen sein, so die öffentliche Meinung. Zwischenzeitlich berichteten die lokalen Zeitungen fast täglich von Einbrüchen oder Diebstählen von Maschinen, Autos und Metall. Nicht selten erwähnten sie dabei, gegen wen sich der Tatverdacht richtet: *„Teurer Mini-bagger gestohlen und in Polen gefunden“*, lautete beispielsweise eine Schlagzeile der Ostsee-Zeitung vom 12.5.2011. Am 16.5. wurde in der Meldung über einen *„Europaweit gesuchten Autodieb“* ebenfalls darauf hingewiesen, dass der *„Tatverdächtige aus Polen“* stammt, und am 26.5. schrieb die Ostsee-Zeitung von *„fünf polnischen Ladendieben“*, die im Grenzgebiet festgenommen wurden.<sup>15</sup> In der Bevölkerung wurden schon früher Beschwerden über wachsende Kriminalität laut. In einer Gemeindevertretersitzung im August 2010 beispielsweise bezeichnete der Bürgermeister von Kamminke auf Usedom, laut einem Bericht der Ostsee-Zeitung, die Kriminalität als *„besorgniserregend“* und die Bewohner forderten, dass die Herkunft der gefassten Täter genannt werde.<sup>16</sup> Auf solche Beschwerden wurde jedoch von den zuständigen Stellen bei Polizei und Innenministerium lange Zeit kaum reagiert.

Die NPD sprang dagegen massiv auf das Thema Kriminalität auf. Die Homepage des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und das rechtsextreme Onlineportal *„MUP-info“* listen nicht nur akribisch Beispiele der *„ausufernden Grenzriminalität“* – selbstverständlich mit Hinweisen auf *„polnische Diebesbanden“* gespickt – auf. Die Rechtsextremen nutzen für ihre Propaganda außerdem die Zurückhaltung der demokratischen Akteure zum Thema Kriminalität und stellen sich als die wahren Aufklärer dar. Triumphierende Schlagzeilen lauten *„Polizeistatistik lässt sich nicht mehr schön“* oder *„Grenz-Kriminalität: NPD-Vermutungen be-*

---

12 *„Bedenken beiderseits der Grenze“*, Nordkurier, 21.1.2011.

13 *„Stettin wird wichtiger Partner für Wirtschaft in MV“*, Ostsee-Zeitung, 9.3.2011.

14 Vgl. z. B. Interview mit Gerd Walther, Kreisvorsitzender von DIE LINKE Peene-Uecker-Ryck, Bürgermeister der Gemeinde Vogelsang-Warsin, Vorsitzender des Vereins Tacheles e. V., 1.6.2011; Telefoninterview mit Rechtsextremismus-Experte Günther Hoffmann, 23.5.2011.

15 Ostsee-Zeitung, 12.5.2011, 16.5.2011, 26.5.2011.

16 *„Bürger empört: Diebstahl nimmt Überhand“*, Ostsee-Zeitung, 1.9.2010.

stätigt“.<sup>17</sup> Deutliche Kritik äußert der Rechtsextremismus-Experte Günther Hoffmann am Umgang der offiziellen Stellen mit der Kriminalitäts-Problematik: „Man lässt quasi unwidersprochen die NPD das Thema besetzen“. Aus Angst vor polenfeindlichen Ressentiments redeten die demokratischen Akteure um den heißen Brei herum und mieden eine sachliche Auseinandersetzung mit dem offensichtlich existierenden Problem.<sup>18</sup>

Zunächst nahmen sich im März 2011 zivilgesellschaftliche Akteure des Themas an. In Bansin auf Usedom veranstalteten die Historische Gesellschaft und der Handwerker- und Gewerbeverein eine Podiumsdiskussion über „Grenzüberschreitende Kriminalität“. Dazu waren neben Bürgern und Gemeindevertretern auch Vertreter der deutschen und polnischen Polizei eingeladen. Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten dabei laut Presseberichten vor allem die aus ihrer Sicht mangelnde Polizeipräsenz auf Usedom.<sup>19</sup> In der Folge griffen schließlich auch die zuständigen Akteure das Thema auf – nachdem zwischenzeitlich selbst innerhalb der Polizei Kritik am bisherigen Vorgehen laut geworden war.<sup>20</sup> Im April erließ das Polizeipräsidium Neubrandenburg ein „umfangreiches Maßnahmenpaket“ zur lange geforderten Ausweitung der Polizeipräsenz.<sup>21</sup> Weitere Schritte waren die Einrichtung eines Präventionsrats in Heringsdorf, der sich unter anderem mit den Themen Sicherheit und deutsch-polnische Be-

ziehungen befasst, sowie eine Informationsveranstaltung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg zur „Sicherheitslage auf der Insel Usedom“. Daran nahm auch der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, teil und demonstrierte so, dass die Politik sich der Problematik annehmen werde. Im November 2011 veranstaltete der Präventionsrat gemeinsam mit dem Projekt *perspektywa* der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. eine umfangreich in der Gemeinde beworbene Beratungsbörse, welche sich mit der Kriminalität im Grenzraum auseinandersetzte, praktische Tipps gab, interessierte Bürger sensibilisierte und einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion in der Gemeinde leistete.

Hat sich der Konflikt damit beruhigt? Das Polizeipräsidium Neubrandenburg betonte im Juli 2011 in einer Pressemeldung, dass die Einbrüche und Diebstähle zurückgegangen seien und die polizeilichen Maßnahmen also Erfolg gezeigt hätten.<sup>22</sup> Doch objektive Zahlen und subjektive Eindrücke klaffen weiterhin auseinander. Gemeindevertreter erklärten, laut einem Pressebericht, dass die Kriminalität nicht gesunken sei, überdies soll es in der Bevölkerung Forderungen nach der Wiedereinführung der Grenzkontrollen geben.<sup>23</sup> Forderungen, die der NPD wohl sehr gelegen kommen, lässt sie doch ebenfalls nicht nach, die „Grenzkriminalität“ anzuprangern.

17 Vgl. <http://www.npd-mv.de> (Zugriff: 05.09.2012).

18 Telefoninterview mit Günther Hoffmann, 23.5.2011.

19 „Usedomer Bürger beklagen Freifahrtschein für Ganoven“, Ostsee-Zeitung, 23.3.2011.

20 „Kriminalität nimmt zu – wann endlich wachen die Verantwortlichen auf?“, Bund deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 18.5.2011, <http://www.bdk.de/lv/mecklenburg-vorpommern/aktuelles/kriminalitaet-nimmt-zu-2013-wann-endlich-wachen-die-verantwortlichen-auf> (Zugriff: 20.7.2011).

21 Pressemeldung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg: Informationsveranstaltung des Polizeipräsidiums Neubrandenburg am 23. Mai 2011 in Heringsdorf zum Thema „Sicherheitslage auf der Insel Usedom“, [http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei\\_prod/Polizei/de/start/index.jsp?&pid=28022](http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei_prod/Polizei/de/start/index.jsp?&pid=28022) (Zugriff: 20.7.2011)

22 Pressemeldung: „Polizeipräsidium Neubrandenburg warnt vor Hysterie – Wohnungseinbruchsdiebstähle auf der Insel Usedom auf niedrigstem Stand seit Jahresbeginn!“, 15.7.2011, [http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei\\_prod/Polizei/de/start/index.jsp?&pid=29271](http://www.polizei.mvnet.de/cms2/Polizei_prod/Polizei/de/start/index.jsp?&pid=29271) (Zugriff: 20.7.2011).

23 „Ruf nach Grenzkontrollen im Nordosten“, ndr, 15.7.2011, <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/grenzkontrollen151.html> (Zugriff: 20.7.2011).



# Das Polenbild der extremen Rechten – eine offene Kriegserklärung im Herzen Europas?

Dierk Borstel

„Sie kommen!“<sup>1</sup> Wenn die NPD sich zur deutschen Ostgrenze mit Polen äußert, geschieht dies in deutlichen Worten. Anlässlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union ab Mai 2011 warnte die NPD z. B. davor: „(jetzt) brechen alle Dämme und den ohnehin schon brachliegenden Arbeitsmärkten in Westeuropa droht die Invasion...“<sup>2</sup> Die Akzeptanz bestehender Grenzziehungen gehört zu den Mindestbedingungen einer friedlichen Außenpolitik der Verständigung mit seinen Nachbarn. In ihrem Parteiprogramm erklärt sich die NPD selbst zu einer Antikriegspartei. Konflikte mit Nachbarn seien „ausschließlich auf friedlichem Wege zu lösen“<sup>3</sup>, heißt es dort explizit. Wie passen also die plakativen Äußerungen mit dem selbst auferlegten Image der „Softie-Partei“ zusammen? Welche Polenpolitik will die NPD betreiben? Lässt sich vielleicht sogar von einer Polenfeindlichkeit sprechen und falls ja: wird sie auch propagandistisch eingesetzt?

Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Verhältnis der NPD zu Polen und zur deutsch-polnischen Grenze. Die NPD wurde als jener Teil der extremen Rechten ausgesucht, der sich nicht nur als politische Bewegung, sondern explizit auch als Programmorganisation ver-

steht und damit auch diskursiv in andere Bereiche der extremen Rechten ausstrahlt.<sup>4</sup> In der Grenzregion von Mecklenburg-Vorpommern arbeiten die freien Strukturen des Neonazismus mit der Partei eng zusammen und sind zum Teil sogar identisch.<sup>5</sup> Die Analyse konzentriert sich dabei im Rahmen dieses Artikels auf den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der NPD, greift jedoch auch grundsätzliche Aussagen der Partei auf und analysiert die konkrete Bedeutung des Themas in den besonders betroffenen Kreisverbänden im heutigen Landkreis Vorpommern-Greifswald.

## Grundsätzliches

Polen taucht im Grundsatzprogramm der NPD vom Juni 2010 als eigenständiges Wort nicht auf. Indirekt jedoch gibt es viele Stellen, in denen explizit antipolnische Positionen bezogen werden. Dies beginnt mit der parteieigenen Vorstellung davon, was unter Deutschland zu verstehen sei: „Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben und muß es dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden.“<sup>6</sup> (Rechtschreibfehler im Original) Was damit jenseits der völkisch-rassistischen Komponente gemeint ist, wird an späterer Stelle ausgeführt, wenn es heißt:

1 NPD-Landtagsfraktion MV (Hrsg.): *Ordnungsruf 10/2010*, S. 1.

2 Ebenda.

3 *NPD Parteiprogramm vom 4./5. Juni 2010*, S. 13.

4 Vgl. Heinrich, Gudrun: *Die NPD als Bewegungspartei*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Nr. 4/2008, S. 29–38.

5 Vgl. Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*, Schwalbach 2010.

6 *NPD Parteiprogramm vom 4./5. Juni 2010*, S. 5.

„Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzenerkennungsverträge. (...) Eine nationale Regierung hat sich in Kenntnis der Geschichte und unzweifelhafter Verstöße gegen das Völkerrecht strikt gegen die Preisgabe deutscher Gebiete zu verwehren.“<sup>7</sup>

Bei den genannten Gebieten handelt es sich um jene Landstriche, die nach der Kapitulation Deutschlands 1945 nicht mehr zu den späteren Staaten Bundesrepublik Deutschland und DDR gezählt wurden und vorher zum Deutschen Reich gehörten. Der Großteil dieser Gebiete lag im Osten und gehört zum Kern des heutigen polnischen Staates. Die NPD bestreitet somit das Existenzrecht Polens in den heutigen Grenzen, indem es deren Außengrenzen nicht anerkennt und fordert ausdrücklich eine aktive antipolnische Politik, indem sie „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht (...) eine Politik der Wiedervereinigung innerhalb der geschichtlich gewachsenen Grenzen (fordert).“<sup>8</sup> Die Mittel dieser Politik lässt die Partei jedoch offen und betont lediglich, dass Konflikte friedlich gelöst werden sollten. Das dürfte jedoch kaum realistisch sein. Eine Freigabe der so genannten Ostgebiete käme einer de-facto Selbstauflösung des polnischen Staates gleich, dessen Geschichte bereits jetzt von Teilungen und Auflösungen geprägt ist.<sup>9</sup> Die Forderung nach einer aktiven Politik kann somit nur bedeuten, mindestens antipolnische Stimmungen forcieren oder sogar zu militärischen Mitteln zur Lösung des vermeintlichen Grenzkonflikts greifen zu wollen. Jede militärische Bewegung zur Korrektur der innereuropäischen Grenzziehung zöge unweigerlich einen neuen Krieg im Herzen Europas nach

sich. Somit ist jede Forderung, die auch nur in diese Richtung geht, kriegslüstern und gefährlich.

Als Legitimation für die oben genannte Forderung der NPD wird das Völkerrecht angeführt. Das ist schon deshalb interessant, weil der Austritt des Deutschen Reiches aus dem früheren Völkerbund und damit die ausdrückliche Nichtakzeptanz des Völkerrechts zu den ersten außenpolitischen Maßnahmen der Hitler-Regierung gehörte.<sup>10</sup> Dabei sieht das Völkerrecht in seiner heutigen Fassung tatsächlich den Schutz staatlicher Grenzen als wesentliche Forderung vor. Allerdings gebietet es explizite Ausnahmen, z.B. im Falle ethnischer Säuberungen oder militärischer Aggressionen des Staates nach außen. Beim Deutschen Reich kam beides zusammen: der Holocaust sowie ein Angriffskrieg gegen seine Nachbarn. Beides führte 1945 entscheidend zur Bildung der heutigen Vereinten Nationen und begründet bis heute die Interpretation des Völkerrechts in vielen Teilen. Der Position, dass die Abgabe der Gebiete dem Völkerrecht widerspreche, kann somit weder historisch noch aktuell zugestimmt werden. Sie ist darüber hinaus zynisch, wenn sie ausgerechnet von einer Partei, die ansonsten das Völkerrecht und das darin verankerte Menschenbild des Humanismus bekämpft, vertreten wird.<sup>11</sup>

Das Grundsatzprogramm der NPD kommt – zusammengefasst – ohne eine Nennung Polens aus und fordert dennoch dessen weitgehende Auflösung. Wie spiegelt sich dieses Grundverständnis nun in der konkreten Politik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern wider? Blicken wir dazu auf die Landtagsfraktion.

---

7 Ebenda, S. 13.

8 Ebenda.

9 Vgl. Jäger-Dabek, Brigitte: *Polen. Eine Nachbarschaftskunde*, Bonn 2003.

10 Vgl. Broszat, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt, S. 234ff.

11 Vgl. Kailitz, Steffen: *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden Baden 2007, S. 337ff

## Antipolnische Positionen auf Landesebene

Zunächst unterstützt die Landtagsfraktion der NPD die grundsätzliche Position der Mutterpartei, indem auch sie von den „nach 1945 völkerrechtswidrig geraubten deutschen Ostprovinzen“<sup>12</sup> spricht. In ihrer Propaganda konzentriert sie sich jedoch auf aktuelle Fragen, in den letzten beiden Jahren besonders in Hinsicht auf die neuen Regelungen zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU. Tatsächlich existieren besonders in den grenznahen Regionen zahlreiche Ängste. Die NPD gibt sich reichlich Mühe, dass die Debatte nicht versachlicht wird und versucht sich in der Anstachelung antipolnischer Ressentiments. Beispielhaft dafür sind Aussagen des NPD-Abgeordneten Müller aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald. Ohne jeglichen Nachweis behauptet er im Interview, dass „Polen Fördergelder regelrecht hinterhergeworfen“<sup>13</sup> werden. Zusätzlich verbindet er das Thema explizit mit Fragen der Kriminalität und greift damit örtliche Diskurse auf. In seinen Worten klingt das dann so: „Die Aufbewahrungsstellen der polnischen Polizei für gestohlene PKW platzen aus allen Nähten. Der Zigarettenschmuggel stieg um das Fünzfache...“<sup>14</sup> Diese Verbindung von Themen, der Grenzöffnung mit dem Schüren von Ängsten vor einer steigenden Kriminalität mit polnischem Hintergrund, steht – wie noch zu zeigen sein wird – besonders in der grenznahen Propaganda der Partei im Mittelpunkt.

Auf Landesebene wird zusätzlich noch Stimmung gegen Versuche grenznaher Begegnungen und deutsch-polnischer Kooperationen gemacht. Bereits im Grundsatzzprogramm der Partei gibt es die explizite Aufforderung zur ethnischen Trennung in Schulen, wenn es dort heißt: „Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und ausländischer Schüler ab.“<sup>15</sup> In Mecklenburg-Vorpommern konzentriert sich die Kritik auf den Verein Pomerania e.V. Dabei handelt es sich um einen Förderverein der Kommunen in der deutsch-polnischen Grenzregion zur Stärkung dieser Region, der auch explizit grenzübergreifende Kooperationen und Strukturentwicklungen fördern soll.<sup>16</sup> Für die NPD ist bereits dieser Gedanke der grenzübergreifenden Politik eine Ausgeburt „linker EU-Fetischisten und Polenfreunde“<sup>17</sup>. Der Verein betreibt eine Politik der völkisch-kulturellen „Gleichmacheri“<sup>18</sup> und zerstöre somit die deutsche Kultur. Explizit wird sogar vor einer „Polonisierung“<sup>19</sup> Vorpommerns gewarnt. Dieser Begriff war schon vor hundert Jahren ein Kampfbegriff, welcher von Max Weber bis zu nationalistischen Kreisen wie dem Ostmarkenverein reichte, und wird hier aus der Schublade der Vergangenheit wieder herausgeholt. Gemeint ist dabei eine Ausbreitung der polnischen Kultur auf die deutschen Grenzgebiete. Es soll der Eindruck einer aggressiven Kulturpolitik von polnischer Seite erweckt werden, die sich auf die Verdrängung des vermeintlich „Deutschen“ richte. Der Begriff der „Polonisierung“ wird in der kommunalen Propaganda der Partei dann auch verstärkt aufgegriffen.

12 NPD-Landtagsfraktion MV (Hrsg.): *Ordnungsruf 10/2010*, S. 3.

13 Vgl. NPD-Landtagsfraktion MV (Hrsg.): *Ordnungsruf 9/2010*, S. 3.

14 Ebenda.

15 *NPD Parteiprogramm vom 4./5. Juni 2010*, S. 17.

16 Vgl. <http://www.pomerania.net/main.cfm> (8.5.2011).

17 Rede des MdL Timo Müller (NPD) im Schweriner Landtag vom 18.3.2011.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

## Antipolnische Propaganda vor Ort

In den Kreisen Vorpommerns werden die grundlegenden Argumentationslinien der Landespartei weiterverfolgt und spezifiziert. Eindrücklich geschieht dies besonders mit dem Thema Kriminalität. Akribisch listet die Partei vermeintlich polnische Delikte auf. So heißt es z. B. auf ihrer Homepage als Bilanz eines Wochenendes:

- *Ein wegen Urkundenfälschung gesuchter Pole ging den Beamten auf der A 11 ins Netz. Er bezahlte seine Geldstrafe in Höhe von 210 Euro und ersparte sich dadurch 30 Tage Haft.*
- *Auch auf der A 11 in Höhe Pomellen gerieten nacheinander gleich zwei polnische Staatsbürger ohne Führerschein in eine Kontrolle. Gegen den einen lag eine Führerscheinsperre in Polen vor, der zweite besitzt keine Fahrerlaubnis.*
- *Ein Pole wurde festgenommen gegen den eine internationale Ausschreibung Polens zur Auslieferung vorlag. Er wurde in die JVA Bützow gebracht.*
- *Auf der A 11 bei Nadrensee kontrollierten Bundespolizisten einen LKW mit Sattelaufleger. Nach der Überprüfung der Fahrzeugidentifikationsnummer stellten die Beamten fest, daß der Auflieger 2008 im Landkreis Uecker-Randow gestohlen wurde.“<sup>20</sup>*

Entsprechende Listen erfolgen grundsätzlich ohne Quellenangabe und können somit nicht nachverfolgt werden. Auch wird auf Vergleichszahlen ohne polnische Beteiligung verzichtet. So suggeriert die Auflistung eine spezifisch polnisch bedingte Form der Kriminalität, von der die deutsche Grenzregion heimgesucht werde. Dieses Bild ist gewollt und soll einen beständigen Zusammenhang zwischen Polen und Kriminalität

suggestieren. In der Sprache der NPD kommt das einer alltäglichen Plage gleich, die jedoch offiziell geleugnet werde. So fasst die NPD die Liste mit folgender Formulierung zusammen: *„Die einen nennen es kulturelle Bereicherung, die anderen ausufernde Grenzkriminalität.“<sup>21</sup>*

Mit dem Begriff der „kulturellen Bereicherung“ wird das Thema um einen dritten Aspekt, die Integrationspolitik, erweitert. Für die NPD ergibt sich ein direkter Zusammenhang aus polnischer Zuwanderung, erhöhter Kriminalität und einer in ihren Augen gescheiterten Integrationspolitik. Deutlich wird dies in einer längeren Ausführung zum oben bereits genannten Verein Pomerania e. V. Schon deren Ansatz der grenzüberschreitenden Kooperation provoziert die NPD zur Grundsatzkritik, wenn sie zu deren Zielen schreibt: *„Europäische Einheitsmenschen völlig kultur- und wurzellos scheinen dabei der Wunschgedanke zu sein.“<sup>22</sup>* Mit diesem Kommentar zeigt die NPD dann auch ihr eigentliches Gesicht. Völkerverständigung über Grenzen hinweg widerspricht ihrem völkischen Menschenbild der biologischen Reinheit der Völker.<sup>23</sup> Konsequenterweise fordert sie die Wiedereinführung starker Grenzen, allerdings nicht an den heutigen Stellen sondern in den Ausmaßen des „Deutschen Reiches“.<sup>24</sup> Den rassistischen Reinheitsgedanken des Volkes setzt sie in Kontrast zur vermeintlichen „Polonisierung“, einer von ihr so bezeichneten „Überfremdung“ der Deutschen. In ihrem Weltbild sind eine Zusammenarbeit und ein friedliches Zusammenleben zwischen Polen und Deutschen ein Verrat am Volk und damit ein Verbrechen. Welche Konsequenzen hat nun eine solche Position?

20 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2293&mid=2> (8.5.2011).

21 Ebenda.

22 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=2270&mid=2> (8.5.2011).

23 Vgl. Borstel, Dierk: *„Braun gehört zu bunt dazu“*. *Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommerns*, Münster 2011, S. 125ff (im Erscheinen).

24 Vgl. <http://www.npd-mv.de/index.php?c> (8.5.2011).



### **NPD und die deutsch-polnische Grenze**

Mit aggressivem Nachdruck fordert die NPD eine Grenzverschiebung und damit die Auflösung des polnischen Staates jenseits jeglicher völkerrechtlicher Grundlage. Sie scheut sich dabei nicht, vor Ort anti-polnische Ressentiments zu schüren, um so die Bevölkerung von jeder Art der Verständigung und des Ausgleichs abzuhalten. Dazu greift sie einerseits auf alte Stereotype wie die Verbindung zwischen Polen

und Kriminalität zurück und bindet die Propaganda andererseits an reale Themenkomplexe wie z. B. Fragen der Kriminalitätsprävention. Solche Aspekte werden jedoch nicht sachlich und transparent behandelt, sondern dienen als Aufputzmittel antipolnischer Stimmungen. In Hinsicht auf die Außenwirkung ist dieser Ansatz der NPD aggressiv und in seinem Kern auch kriegerisch. Die Forderung nach Auflösung des polnischen Staates ist gewissermaßen eine Kriegserklärung an Polen.





# Das Polenbild im östlichen Vorpommern – Eindrücke aus Politik und Verwaltung

Christine Lang

Polenfeindliche Äußerungen und Aktionen sind im öffentlichen und politischen Raum in Mecklenburg-Vorpommern kaum übersehbar. Die wiederkehrenden Plakatkampagnen der NPD mit polen- und ausländerfeindlichen Parolen sowie regelmäßige NPD-Anträge in gewählten Volksvertretungen, die beispielsweise die Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen zum Thema haben, zwingen auch die lokale Politik und Verwaltung, sich mit der Problematik Polenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Dazu kommen aktuelle öffentliche Konflikte mit latent polenfeindlichen Beiklängen, die sich unter anderem am Zuzug von polnischen Bürgerinnen und Bürgern in die Gemeinden der Grenzregion oder am empfundenen Anstieg von Kriminalität entzünden. Diese fordern die demokratischen Akteure vor Ort zum Handeln heraus.

In Gesprächen mit Bürgermeistern mehrerer Gemeinden im östlichen Vorpommern und einem Mitarbeiter der Kreisverwaltung<sup>1</sup> sollte ein Eindruck davon gewonnen werden, wie mit dieser Problematik in Politik und Verwaltung umgegangen wird. Drei Aspekte standen dabei im Vordergrund: die Wahrnehmung und Beschreibung polenfeindlicher Vorkommnisse, die Reak-

tion darauf sowie die Art und Weise, auf die „neue Nähe“ zu Polen im Zuge des Wegfalls der Grenzen einzugehen. Die hier wiedergegebenen Äußerungen der Befragten sind selbstverständlich nicht repräsentativ für die lokale Politik und Verwaltung der Region, sondern spiegeln die Vielfalt von Meinungen zufällig ausgewählter Amtsträger. Da es zugleich nicht darum ging, die Meinungen den jeweiligen Personen konkret zuzuordnen zu können, wurde im Folgenden auf die Namensnennung der Befragten verzichtet.

## „Futterneid“ und NPD: Die Wahrnehmung und Interpretation von Polenfeindlichkeit

Wie wird das Problem polenfeindlicher Ressentiments überhaupt von den Politikern vor Ort wahrgenommen und in der Öffentlichkeit kommuniziert? Meist sind es sehr konkrete Probleme und Ereignisse, die in den Rathäusern und in der Kreisverwaltung bei der Frage nach Debatten und Konflikten rund um Polen zur Sprache gebracht werden. Ein zentrales Thema ist nach dem Eindruck der Kreisverwaltung häufig die Kriminalität – die „landläufigen Vorurteile wie „Auto

---

1 Es wurden zwischen Juni und November 2011 insgesamt fünf Interviews geführt, davon vier mit BürgermeisterInnen von Gemeinden im östlichen Vorpommern und eines mit einem/einer MitarbeiterIn der Kreisverwaltung des damaligen Landkreises Uecker-Randow. Um die Anonymität der InterviewpartnerInnen zu wahren, wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet.

gestohlen, schon in Polen“. Über die „Geschichte mit der Kleinkriminalität“ werde „sehr viel“ gesprochen, „das ist Thema querbeet über alle Stammtische“, berichtet ein Befragter. In diesen Diskussionen werde Kriminalität auch „automatisch immer erstmal mit den polnischen Nachbarn gleichgesetzt“.

Doch nicht jeder der befragten Interviewpartner nimmt eine antipolnische Stimmungslage wahr, zumindest nicht für die Öffentlichkeit. Nein, Probleme gebe es nicht, Konflikte schon gleich gar nicht, alles verlaufe „sehr ordentlich und gut“, vernimmt man bei einem Befragten. Diskussionen in der Bevölkerung über Polen und die Grenzöffnung bekomme er nicht mit, betont der Befragte mehrfach: „Ich kann nicht erkennen, dass das so eine Rolle spielt.“ Wie ist es mit einer skeptischen Haltung bei den Menschen gegenüber Polen? „Die habe ich noch nicht festgestellt.“ Im Gespräch wird deutlich, dass das Thema Kriminalität bei den Menschen vor Ort anscheinend doch diskutiert wird. Dazu möchte sich der Bürgermeister aber nicht äußern, da es die objektive Datenlage über die Kriminalitätsentwicklung nicht zulasse: „Ich kann nicht behaupten, dass es so etwas gibt, ich weiß es einfach nicht.“

Verhaltene Reaktion auf dieses Thema auch bei einem weiteren Interviewpartner. Er betont zunächst, wie problemlos die zunehmende Präsenz von polnischen Bürgerinnen und Bürgern im Alltag des kleinen Dorfes sei: „Noch nie“ habe er „Probleme“ mit polnischen Gästen gehabt, auch mit den polnischen Familien vor Ort gebe es „überhaupt keine Probleme“ und „das einzige Problem“ der vielen Autos, die nachts nun durch den Ort fahren, sei auch nur eine „Kleinigkeit“. Die antipolnische Einstellung einiger Leute im Dorf, die nicht zu dieser Problemlosigkeit passt, wird abgetan: Das sei nun mal „irgendwo eine einfältige Meinung“. Solche ausweichenden Reaktionen zeigen, wie schwierig es ist, sich dem Problem Polenfeindlichkeit zu nähern. Im Extremfall werden so leider die Augen vor realen Problemen verschlossen, statt diese offen zu thematisie-

ren – „Probleme werden immer erst Probleme, wenn darüber diskutiert wird“, wie einer der Befragten sagt.

Die so genannten Probleme werden in den Gesprächen häufig an spezifischen Orten lokalisiert (Löcknitz) und die Verantwortung klar definierbaren Akteuren (der NPD) zugeschrieben. Dabei lässt sich die Tendenz zur Externalisierung von Konflikten und polenfeindlichen Haltungen feststellen, das heißt zu ihrer Verortung jenseits der eigenen Gemeinde und der eigenen Bürgerinnen und Bürger. So meint einer der Befragten: „Viele Debatten werden einfach von außen hereingetragen, hauptsächlich durch die NPD. Wenn die gegen die Polen zu Felde ziehen, dann ist das eine Diskussion, die auch hier geführt wird.“

Andererseits scheint jedoch ein Bewusstsein dafür da zu sein, dass polenbezogene Ressentiments in der grenznahen Region ein grundlegendes Problem sind, das nicht ausschließlich der NPD zugeschoben werden kann. Mehrere Gesprächspartner versuchen die Problematik in größere Zusammenhänge einzuordnen und damit zu rationalisieren. Neben historischen Erklärungen werden soziale Ursachen für Ressentiments gegenüber Polen angeführt, wie die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut in der Region. „Dass in dieser Region so extrem niedrige Löhne gezahlt werden, das ist ja der Nährboden für Neiddiskussionen“, meint beispielsweise einer der Interviewpartner. Ein anderer Gesprächspartner führt zu den sozialen Erklärungsfaktoren aus: „Es geht mehr um Ängste, die etwas mit Verdrängung zu tun haben. Und das heißt nicht vordergründig Verdrängung durch Polen, sondern Verdrängung durch Menschen, die von außen kommen, egal wo die her kommen, und noch die wenigen Arbeitsplätze streitig machen.“ Das Problem bei diesen Verdrängungskonflikten sei auch bei den niedrig oder falsch qualifizierten Menschen vor Ort zu suchen, die sich ihre eigenen begrenzten Arbeitsmarktchancen nicht ehrlich vor Augen hielten, „sondern die sagen, mein Nachbar hat keine Arbeit und deshalb ist der Pole oder der von

wo anders herkommt [...] eigentlich der Eindringling, der dem noch den Arbeitsplatz wegnimmt. Es besteht nicht die Ehrlichkeit zu sagen, mein Nachbar ist auch nicht geeignet dafür.“ Zusammengefasst handle es sich bei den Ressentiments gegenüber Polen also weniger um „Fremdenfeindlichkeit“ als um „Futterneid“.

Ein drittes Interpretationsschema für polenfeindliche Einstellungen, das parallel zur beschriebenen Externalisierung und Rationalisierung der Problematik in den Gesprächen zum Tragen kommt, ist ihre Generalisierung. In Ressentiments gegenüber dem Nachbarland und seinen Bewohnern wird an sich nichts Besonderes gesehen: „Alle Grenzregionen bergen Probleme in sich, wenn unterschiedliche Mentalitäten aufeinanderprallen, Sprachbarrieren da sind“, meint ein Interviewpartner. Ähnlich hebt ein weiterer Gesprächspartner hervor, dass es „ja immer so“ sei, „wenn Menschen mit unterschiedlicher Biographie aufeinanderstoßen, wird es immer Ressentiments geben“.

## Reaktionen und Aktionen

Ebenso unterschiedlich wie die Wahrnehmungsweisen und Interpretationsschemata sind die Vorstellungen davon, wie Politik und Institutionen auf polenfeindliche Haltungen und Vorfälle reagieren können. In den letzten Jahren haben einige Aktionen auch über den jeweiligen lokalen Kontext hinaus öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Dazu gehört das Vorgehen gegen die polenfeindlichen NPD-Plakate zur Bundestagswahl 2009, auf denen nach Euroscheinen pickende Rabenkrähen abgebildet waren, unterschrieben von der Parole „Polen-Invasion stoppen“. Damals hatte der Landkreis Uecker-Randow das Aufhängen der Plakate untersagt; auch das Bundesverfassungsgericht sah in deren Inhalt einen „Angriff auf die Menschenwürde der in Deutschland lebenden Bevölkerungsgruppe der Polen“. <sup>2</sup> Gehandelt wurde auch im Frühjahr 2011 auf Usedom, als die Kriminalität rapide angestiegen war und polenfeindliche Stimmen – nicht nur in der NPD –

nicht mehr überhörbar waren. Statt diese Ressentiments unter den Teppich zu kehren und der NPD freie Bahn zu lassen, richtete der Bürgermeister von Kamminke einen Brief an das Innenministerium mit der dringenden Bitte um mehr Polizeipräsenz.

Abgesehen von akuten Vorfällen wird die Frage nach dem Umgang mit Polenfeindlichkeit von den lokalpolitischen Akteuren meist mit einer Frage nach dem Umgang mit der NPD gleichgesetzt. Dann geht es schnell um bestimmte Probleme: Wie setzt man sich mit gewählten Vertretern der rechtsextremen Partei in kommunalen Parlamenten auseinander? Wie reagiert man auf ihre Anträge? Wie lässt sich, auch im Interesse für das Image der Gemeinde, die Plakatierung der NPD vor Wahlen einschränken? Ein Befragter spricht die Schwierigkeiten eines adäquaten Umgangs an: Der NPD aktiv entgegenzutreten, natürlich, aber „wertet man die NPD auf, wenn man sich öffentlich mit ihren Themen auseinandersetzt und dadurch noch einmal die Themen oder Ansätze der NPD benennt?“ Er plädiert für mehr Gelassenheit. Statt bei allen Themen gegen die NPD zu argumentieren, müsse man „wirklich schauen, wo diese oft sehr populistischen Meinungsäußerungen Substanz haben, wo sie also wirklich ernst zu nehmen sind, und wo man die Größe haben sollte zu sagen: Lasst sie mal schwafeln, jeder erkennt, dass das reiner Populismus ist und sie das Thema einfach nur benutzen.“ Der Umgang mit antipolnischer Propaganda der NPD erscheint damit als eine Gratwanderung. Was sind Themen mit „Substanz“? Können nicht auch Themen, die „nur benutzt“ werden, auf Resonanz bei den Menschen stoßen und bestehende Vorurteile weiter schüren?

Nur wenige der befragten Akteure an der kommunalpolitischen Basis betonen, jenseits des „üblichen“ Problems des Umgangs mit der NPD, auf potentiell polenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung zu reagieren und selbst Initiative zu ergreifen. Er versuche mit den Leuten zu reden und sie zum Beispiel zu heiklen Themen wie der Grenzöffnung zu informieren, sagt

2 BVerfG: NPD-Wahlplakat „Polen-Invasion stoppen!“ darf verboten werden, Pressemitteilung des BVerfG v. 24.09.2009.

der Bürgermeister eines Usedomer Dorfs, aber mehr könne man eigentlich nicht machen. Noch engagierter zeigt sich ein anderer Gesprächspartner. Er tritt für eine offensive, versachlichende Strategie ein: *„Dass man sehr offensiv bei Diskussionen Stellung bezieht, dass man nichts verharmlost oder beschönigt, aber wirklich eine generelle Diskussionslinie führt, die beispielsweise heißt: Straftaten gehören insgesamt verboten oder kriminelle Handlungen gehören bestraft. [...] Dass man nicht eine ›Lex Polen‹ schafft, sondern dass man sagt, die Gesellschaft muss versuchen, Straftaten zu vermeiden und wenn diese Gesellschaft das aus welchen Gründen auch immer nicht schafft, müsste man sich eigentlich darüber unterhalten, warum sie es nicht schafft.“* Gegen Polenfeindlichkeit vorzugehen bedeutet für den Befragten daher, grundsätzlichere Probleme zu thematisieren: *„Da muss man auch mal die Kraft haben, auf die Wurzeln zurückzukommen und zu fragen, woran liegt es denn, wenn beispielsweise auf dem untersten Niveau eine Sozialneiddebatte losgeht darüber, wer wo welche Mittel bekommt. [...] Ich bin gerne bereit dazu, genauer hinzuschauen. Nicht so wie es viele Demokraten oder so genannte Demokraten machen, dass sie immer nur sagen: Ja die schlimmen Rechtsextremen usw. Ich sage dann immer: Ja woran liegt es?“*

Eine solche offensive Position ist zwar nicht die Regel. Doch die befragten Akteure aus Politik und Verwaltung scheinen sich darüber einig zu sein, dass der Umgang mit polenfeindlichen Ressentiments von offizieller Seite aus bisher unzureichend sei. Einer der Gesprächspartner nimmt sich von der Kritik der Reaktionen auf den Konflikt um die Bundesstraße 104 selbst nicht aus: *„Wenn die Verwaltung und die verfassten Parteien zwei Jahre brauchen, um nach allen möglichen Demonstrationen und Initiativen und NPD-Bewegungen, Beschwerden, Bürgeranfragen und und und, wenn es dann nach zwei Jahren dazu kommt, dass da endlich ein paar Schilder stehen nach der Melodie ›LKW 30km/h‹ und ›Liebe LKW-Fahrer,*

*nehmt Rücksicht auf die Anwohner‹, wenn wir dafür zwei Jahre brauchen, brauchen wir uns nicht wundern, wenn die NPD über uns herfällt.“*

## **Die Zukunft deutsch-polnischer Beziehungen in der Grenzregion**

Im gleichen Atemzug mit dem zum Teil verhaltenen Eingeständnis, dass das Thema Polen heikel und potentiell konfliktreich ist, weisen die Gesprächspartner auf die positiven Entwicklungen hin – auf die *„Habenseite“*, wie es einer formuliert. Mehrfach wird betont, dass Ressentiments abnehmen und die Beziehungen zu Polen und den polnischen Nachbarn mehr und mehr zur Gewohnheit für die Menschen in der grenznahen Region werden. Es entwickelt sich hin zur *„Normalität“*, so ein häufiger Ausdruck in den Gesprächen. In dieser Hinsicht sind auch die Vorstellungen von der Zukunft der Beziehungen zu Polen in der Region optimistisch. Als Beispiel für die zunehmenden grenzüberschreitenden Beziehungen wird mehrfach die *„Metropolfunktion“* von Stettin genannt, die für immer mehr Menschen aus der Region einen Anreiz bietet, ins Nachbarland zu fahren. *„Je häufiger man hinfährt und mit den Leuten ins Gespräch kommt, desto mehr erfährt man natürlich auch persönliche oder Alltagsdinge und macht sich dann ein eigenes Bild. Ich denke die direkten Begegnungen sind der einzige Weg, um nachhaltig Vorurteile abzubauen“*, meint der Gesprächspartner aus der Kreisverwaltung. Dass alltägliche Begegnungen die beste Möglichkeit sind, Beziehungen zu Polen zu entwickeln, darüber besteht Einigkeit bei den Befragten. Jeder kann ein Beispiel nennen von Kontakten zwischen deutschen und polnischen Sportvereinen, örtlichen Geschichtsvereinen, Schützenvereinen oder freiwilligen Feuerwehren. *„Kleine Schritte machen“* oder *„von unten wachsen lassen“* sind die Erfolgsrezepte der Vertreter aus Politik und Verwaltung für ein besseres Verhältnis zu den Nachbarn. Oder auch, wie einer etwas flapsig formuliert: *„Gemeinsam Bier und Wodka trinken hilft.“*

Bei so viel Vertrauen in die Kraft persönlicher Begegnungen und normalen Zusammenwachsens, müssen da Politik und Institutionen überhaupt noch aktiv werden? Worin sehen die befragten Akteure die Aufgabe von Politik und Verwaltung? Viele Gemeinden im östlichen Vorpommern unterhalten grenzüberschreitende Beziehungen in Form institutioneller Kooperationen, punktueller, projektbezogener Zusammenarbeit oder langfristig angelegter Städtepartnerschaften. Die Bedeutung, die dieser gezielten Förderung deutsch-polnischer Beziehungen zugemessen wird, variiert allerdings durchaus. Einige der Interviewten sprechen von guten und enger werdenden Kooperationen zu polnischen Gemeinden und Institutionen. Ein Gesprächspartner lehnt dagegen eine „von oben“ angestoßene Förderung grenzüberschreitender Beziehungen klar ab: *„Ich denke, in diese ganze Geschichte mit der Grenze wird viel zu viel reininterpretiert. Und es gibt viel zu viele Fördertöpfe, die jetzt meinen, sich um dieses Zusammenwachsen kümmern zu müssen. Weil: immer wenn ein Fördertopf dahinter steht, dann überlegt man sich als Erstes: Wie kommt man an das Geld.“* Die Stadt werde sich *„so oder so entwickeln, ob wir nun eine gute Beziehung haben oder eine weniger gute Beziehung.“*

Ein anderer Aspekt deutsch-polnischer Beziehungen, mit dem viele Gemeinden konfrontiert sind, findet inzwischen vor Ort statt. Zunehmend ziehen polnische Bürgerinnen und Bürger in Ortschaften im östlichen Vorpommern. Zu diesem Thema gibt es ebenso recht unterschiedliche Ansichten. Auf der einen Seite werden die offenen Grenzen und der Zuzug von Polen als Chance gesehen den Fachkräftebedarf zu decken, den leerstehenden Wohnungsbestand zu verringern und die von Abwanderung und demographischem Wandel gebeutelten lokalen Strukturen aufrechterhalten zu können. Ein Befragter berichtet von einem Versuch, Stettiner Studierende anzulocken, der mangels ausgebautem öffentlichen Nahverkehrssystem nicht erfolgreich war. Er bedauert, dass es Polen eher nach Berlin und Hamburg zieht und nicht in das östliche Vorpom-

mern: *„Da müssen wir sehen, dass wir in die Wahrnehmung reinkommen, als Bereich, wo man Freizeit verbringen kann, wo man wohnen kann, wo man auch durchaus einem speziellen Handwerk nachgehen kann.“* Eine Strategie, um als Gemeinde von der Grenznähe zu profitieren, ist für ihn die Ausbildung polnischer Lehrlinge, die möglicherweise als Fachkräfte vor Ort bleiben. Damit möchte er gleichzeitig die Menschen behutsam an polnische Kollegen und Nachbarn gewöhnen: *„Das scheint ein Modell zu sein, was die Emotionen nicht überlastet, was auch nicht vordergründig, weil es eine Erstausbildung ist, über Arbeitsplatzverdrängung funktioniert.“*

Eine skeptischere Position wird von einem anderen Interviewpartner vertreten, der bereits die gezielte Förderung grenzüberschreitender Beziehungen kritisiert. Von der Idee, in Polen für den Wohnungsbestand seiner Stadt zu werben, hält er nichts und auch dem Zuzug von Polen steht er wenig enthusiastisch gegenüber: *„Wenn jemand in [Name des Ortes] wohnt und nur in Stettin einkauft und macht und tut und vielleicht auch in Stettin arbeiten geht, dann habe ich hier nichts davon. [...] Wenn er eine Wohnung mieten will, dann soll er es machen. Aber ich werde nicht darum werben. [...] Letztendlich brauchen wir auch Leute, die irgendwo hier Werte schaffen [...], hier arbeiten gehen und so weiter. Wenn es nur darum geht, einen Kita-Platz für das Kind zu haben, der möglichst noch durch die Stadt finanziert werden muss, dann macht das wenig Sinn. Da haben wir ja genug davon.“*

Die Interviews mit Akteuren aus Politik und Verwaltung in Gemeinden des östlichen Vorpommern machen deutlich, wie auf recht unterschiedliche Art und Weise mit aktuellen polenbezogenen Konflikten, polenfeindlichen NPD-Parolen, Ressentiments und mit der Herausforderung der „neuen“ Nähe zu Polen umgegangen wird. Während manche der befragten Akteure Probleme offensiv und kritisch thematisieren, scheinen andere solche Themen nicht als besonders dringlich wahrzunehmen. Die Schwierigkeiten des ad-

äquaten Umgangs mit Polenfeindlichkeit an der politischen Basis können teilweise sicherlich als Ausdruck von Unsicherheit und Hilflosigkeit gedeutet werden. Aus der Befürchtung heraus, rechtsextremer Propaganda das Wort zu reden, aber auch in der Sorge um das Image der Gemeinden, kann es für Lokalpolitiker problematisch erscheinen, die Existenz polenbezogener Ressentiments in der Bevölkerung deutlich anzusprechen.

Insgesamt dreht sich die Frage, wie die Akteure in der lokalen Politik und Verwaltung Konflikte und Herausforderungen im Zusammenhang mit Polen wahrnehmen und darauf reagieren, immer wieder um die NPD und ihre polenfeindlichen Parolen. Der Umgang der demokratischen Akteure mit polenfeindlichen Ressentiments verweist daher auch auf die Art und Weise, wie sie in einem generellen Sinne gegen Rechtsextremismus und die NPD vorgehen. Alltägliche Vorurteile gegenüber Polen sind für die befragten Amtsträger demgegenüber weniger greifbar. Die Tendenz, Polenfeindlichkeit allein mit der NPD gleichzusetzen und Probleme damit zu externalisieren, blendet jedoch das Mobilisierungspotential für die polenfeindliche Propaganda in der Bevölkerung aus. Ebenso problematisch ist die Annahme, dass sich die Beziehungen zu Polen in der Grenzregion quasi von selbst ins Positive entwickeln werden. Wünschenswert wäre vor diesem Hintergrund eine offensive, ebenso direkte wie differenzierte Thematisierung antipolnischer Ressentiments durch die lokale Politik und Verwaltung im grenznahen Raum Vorpommerns. In einigen Gemeinden der Region wurden hierbei bereits erste Schritte gemacht; andere werden folgen.









# Kriminelle Geschäftemacher und billige Einkaufsmöglichkeiten? Bilder von Polen und „den Polen“ im Alltag

Christine Lang

Welche Bilder und Erfahrungen verbinden die Menschen in der Grenzregion mit Polen und ihren polnischen Nachbarn? Welche Einstellungen prägen das alltägliche Erleben? Welche Geschichten werden weitergetragen? Die Suche nach Antworten auf diese Fragen führte mich ins östliche Vorpommern, nach Pasewalk und Löcknitz, nach Ueckermünde und auf die Insel Usedom. Dort habe ich Gespräche mit Menschen in Gaststätten und Geschäften, mit Passanten auf Straßen und Promenaden geführt, in denen ich nach den subjektiven Eindrücken und den Veränderungen seit der Grenzöffnung sowie nach den persönlichen Erfahrungen mit den Nachbarn und dem Nachbarland gefragt habe.<sup>1</sup> Die dabei gewonnenen Einblicke erheben nicht den Anspruch darauf, die Wahrnehmung von Polen und den Polen in der grenznahen Region systematisch oder gar repräsentativ wiederzugeben. Doch die teils ausführlicheren, teils wortkargeren Antworten fügen sich zu wiederkehrenden Mustern zusammen. Sie vermitteln somit einen ersten Zugang zu Bildern, die in der Grenzregion über Polen und die Polen bestehen. Einige zentrale Themen und Bilder, die die Menschen mit Polen verbinden, sollen hier beschrieben werden.

## Polen und die Kriminalität

Ein klassisches Stereotyp von Polen taucht in fast allen der geführten Gespräche auf: das der Kriminalität. In diesem Fall gibt es für die Menschen vor Ort ei-

nen konkreten Anlass. Die Zahl der Diebstähle oder Einbrüche sei extrem gestiegen, wird oft erzählt und dazu Vorfälle aufgelistet, die sich in der näheren oder fernerer Umgebung ereignet haben. *„Baumaschinen weg, Bootsmotoren weg, Einbrüche“*, berichtet ein Bewohner von Mölschow auf Usedom. Alles werde geklaut: Autos, Kupfer, Dachrinnen und *„kürzlich ein ganzes Feuerwehrauto“*.

Dass es „die Polen“ sind, scheint für viele klar. *„Das machen die nicht nur hier, sondern auch in Dänemark, Niederlande, Hamburg. Sind alles die Polen“*, erklärt der Mann aus Mölschow. Die Bedienung in einer Bäckerei in Zinnowitz, ebenfalls auf Usedom, nennt den Grund für ihre Gewissheit: *„Die Zeitungen“* würden doch auch schreiben, dass es „Polen“ seien. Aber es gibt auch Ausnahmen. Eine ältere Dame in Kamminke auf Usedom äußert ihre Zweifel an dieser quasi selbstverständlichen Verbindung von Polen und Kriminalität. Es seien *„natürlich auch Deutsche“*, die klauen würden. *„Der Mecklenburg-Vorpommerer sagt immer nur gerne: Die Polen waren es.“*

Durch das aktuell viel diskutierte Problem der „Grenzkriminalität“ erhalten lang bestehende Stereotype über „kriminelle Polen“ neue Nahrung und können sich in Vorurteilen verfestigen. So antwortet eine weitere Bürgerin in Kamminke, der kürzlich selbst das Auto gestohlen wurde, auf die Frage, was sie über *„die Polen“* denke: *„Man wird halt schon misstrauischer.“*

<sup>1</sup> Insgesamt wurden im Juni 2011 fünfzehn Gespräche in den genannten Orten geführt und in Gedächtnisprotokollen festgehalten.

Wenn dann hier drei Polen herumlaufen und einer hat einen Campingsack dabei, dann denkt man schon, dass die zum Klauen gekommen sind.“ Während sich die Vorurteile hier an einer konkreten Situation – kleines Dorf, Polen mit Campingsack – festmachen, sind für den Mann aus Mölschow Einbrüche und gestohlene Autos eine Bestätigung seiner generellen Vorurteile gegenüber Polen. Er macht aus seiner Haltung keinen Hehl: „Ich kann die nicht abhaben, die Polen. Ein fürchterliches Volk.“

Der Weg von dem Bild „Polen sind kriminell“ zu einer Zustimmung zu NPD-Parolen ist nicht weit. Dies verdeutlichen die Worte einer Passantin am Bahnhof von Zinnowitz. Man traue sich abends gar nicht mehr auf die Straße, meint sie, wegen der Kriminalität und wegen der polnischen Jugendlichen, die sich herumtrieben. Sowieso seien „ja bald schon mehr Ausländer hier als Deutsche“. Die Alltagserfahrungen verbinden sich in diesem Fall mit rechtsextremer Rhetorik zu einer feindlichen Haltung gegenüber Ausländern allgemein und speziell gegenüber Polen.

Das Bild der „kriminellen Polen“ basiert jedoch nicht nur auf direkten, alltäglichen Erfahrungen. Es wurzelt auch in lang bestehenden Stereotypen über die Kriminalität in Polen. In einer aktuellen Umfrage zum Polenbild der Deutschen assoziierten die Befragten spontan am häufigsten das Thema „Kriminalität“ mit Polen, mehr als 50% stimmten außerdem der Aussage zu, dass es in Polen eine „hohe Kriminalität“ gebe.<sup>2</sup> Diese Ansicht findet sich beispielsweise auch in einem längeren Gespräch mit einem älteren Ehepaar an der Ueckermünder Strandpromenade wieder. Es warnt davor, mit dem Auto nach Stettin zu fahren, denn „das ist sofort weg“. In Stettin würden „sie“, die Polen, schon „mit dem Transporter“ da stehen und warten bis jemand sein Auto abstellt.

## Polen als zweifelhafte Geschäftemacher und Profiteure

In einer abgeschwächten Version zeigt sich die angenommene Verbindung von Polen und Kriminalität in einem weiteren Bild von „den Polen“, das in mehreren Gesprächen zu finden ist. Polnischen Bürgern wird dabei unterstellt, nicht ganz rechtschaffen zu sein, sondern auf unredliche, zweifelhafte Weise Geschäfte zu machen und sich zu bereichern. Man müsse aufpassen, wenn man in Polen mit Bargeld bezahle, erklärt beispielsweise ein älteres Paar, das seit Jahrzehnten seinen Urlaub auf Usedom verbringt. Denn es komme schon vor, dass man dort „über den Leisten“ gehauen werde. Von einer Ladenbesitzerin in Löcknitz erfährt man außerdem, dass die Polen „sehr geschickt“ darin seien, Produkte nachzumachen, weshalb man dort so Vieles günstig einkaufen könne. Ganz unverblümt vertritt der bereits erwähnte Mann aus Mölschow das Vorurteil von Polen als zweifelhaften Geschäftemachern. Beispiele kann er gleich mehrere anführen. Das einer Landungsbrücke, die von einer deutschen Schiffahrtsgesellschaft gebaut worden sei und die danach die Polen für sich deklariert hätten. Oder die „Geschichte mit der Ostsee-Pipeline“: „Die Polen“ hätten unbedingt gewollt, dass die Pipeline durch Polen geht, „natürlich, damit sie den Finger am Geldhahn haben“. Auch die billigen Märkte auf der polnischen Seite der Grenze passen für ihn zu dem Bild: „Hier an der Grenze sind das nur Händler und Diebe.“ Als Gegenbild zu „den Polen“ der Grenzregion dienen ihm „die Tschechen“. In Tschechien sehe man in den Ständen mit Billigware an der Grenze keine Tschechen, sondern Vietnamesen. „Aber hier sind das alles Polen.“

Doch das Stereotyp von den geschäftemachenden Polen gibt es nicht nur in dieser negativen, abschätzigen Variante. Es kann auch eine positive Form annehmen: Polen als findige Geschäftsleute. Dies zeigt sich in einer

---

2 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: *Ein großer Schritt in Richtung Normalität: Der Stand der deutsch-polnischen Beziehungen*. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen in Deutschland und Polen, 2011, S. 60ff.

gewissen Anerkennung, mit der ein Vermieter von Ferienzimmern in Ueckermünde von polnischen Bürgern spricht, die im Ort Häuser kaufen oder in KfZ-Werkstätten nach alten Autos Ausschau halten, um sie dann in Polen weiterzuverkaufen: *„Die haben einen Riecher dafür“*, meint er, einen Riecher für gute Geschäfte.

Neben den vermeintlich unredlichen Geschäften der Polen findet in den Gesprächen auch das Bild von Polen als „Profiteuren“ deutscher Sozialleistungen Erwähnung. Etwas misstrauisch berichtet zum Beispiel die Löcknitzer Ladenbesitzerin, dass die zugezogenen Polen *„Begrüßungsgeld und all das“* erhielten, auch *„Leistungen, die früher Deutsche bekommen haben“*, wie Kindergeld, und da habe halt *„jede Frau drei Kinder mindestens“*. In Polen dagegen, wisse sie, gebe es kein *„Hartz IV“* oder ähnliches, daher sei es ja *„klar, dass die dann gerne hier wohnen“*. Der Wirt einer Löcknitzer Gaststätte beschwert sich ebenfalls: *„Eine polnische Familie mit 6 Kindern bekommt halt sehr viel mehr Kindergeld, mehr als Deutsche, die haben ja nicht so viele Kinder ... in Polen gibt es ja nur 20 Euro Kindergeld ... dann bekommen sie noch Wohngeld und die Frau Hartz IV.“* Der Mann wohne dann offiziell in Polen und habe dort Arbeit und Auto – solche Möglichkeiten hätten ja deutsche *„Hartz IV-Empfänger“* nicht. Auch in einer Herberge in Pasewalk weiß der ältere Mitarbeiter beim Thema Polen eine Geschichte davon zu erzählen, wie polnische Bürger den deutschen Sozialstaat ausnutzen. Bei ihm im Dorf seien Polen in Sozialwohnungen einquartiert worden und dann *„einfach wieder verschwunden“*, ohne Miete zu zahlen. In diesen Gesprächen schwingen nicht nur tradierte Stereotype mit, sondern es spiegelt sich auch der Alltag der Menschen in einer von hoher Arbeitslosigkeit gezeichneten Region wider – von Menschen, die selbst nicht viel haben und daher misstrauisch darauf blicken, was die polnischen Neuankömmlinge wohl bekommen würden.

## Polen als der arme und heruntergekommene Nachbar

Ein wiederkehrendes Thema in den Gesprächen sind ökonomische Unterschiede zwischen Deutschland und Polen. Es besteht das Bild, dass man auf der deutschen Seite eigentlich wohlhabender und wirtschaftlich besser gestellt sei als der *„arme Nachbar“* auf der anderen Seite der Grenze. Das alte Stereotyp von Polen als einem armen und etwas maroden Land gründet auch in subjektiven Eindrücken aus der DDR-Zeit. *„Wir hatten ja mehr hier“*, berichtet die Bürgerin von Kamminke, deshalb seien die Beziehungen über die Grenze auch nicht gut gewesen. Der Gesprächspartner aus Mölschow betont, wie in Polen alles heruntergekommen gewesen sei – noch mehr als in der DDR: *„Wenn es hier grau war, dann war es dort schwarzgrau“*. Dies wird an der Stadt Stettin illustriert, die vor dem Zweiten Weltkrieg zum deutschen Territorium gehörte. Er sei einmal mit seinem Schwiegervater dorthin gefahren, der in Stettin aufgewachsen sei, erzählt der Mann. *„Er hat mir dann gezeigt, wo er damals gewohnt hat. Da waren noch alte Fenster drin und mein Schwiegervater sagte: Die Farbe, die habe ich noch drangebracht.“* Die Ansicht, dass das ehemals schöne Stettin nach dem Krieg wohl vernachlässigt wurde beziehungsweise verwahrloste, teilt auch die Frau in ihrem Löcknitzer Laden. Ihre Mutter habe immer sehr von der Stadt in Vorkriegszeiten geschwärmt, *„aber die Polen machen das ja erst langsam wieder schön“*.

Die Wahrnehmung von dem ärmeren Nachbarland ist auch heute noch aktuell. So erklärt die Bedienung einer Bäckerei in Zinnowitz auf die Frage, ob sie oft nach Polen fahre: *„Ich fahr' da nicht hin. Ich finde es da auch nicht schön, das ist alles so heruntergekommen, die Häuser noch ganz alt und verslumpt. Und dreckig ist es da auch.“* Eine interessante Version des

Bildes vom „armen Nachbarn“ vertritt ein junger Passant am Bahnhof Zinnowitz. Für ihn sind die ökonomischen Unterschiede zwischen Deutschland und Polen der Grund für die Kriminalität in der Grenzregion – deren Ursprung in Polen er nicht anzweifelt: *„Die sind eben auch ärmer dort. Ein Einbruch und du hast erst mal ausgesorgt für den Monat.“* Die Bilder von den „armen“ und „kriminellen“ Polen zeigen sich hier in einer gut gemeinten, verständnisvollen Form.

Marode sind in den Vorstellungen einiger der befragten Menschen jedoch nicht nur die polnischen Städte, sondern in gewisser Weise auch der polnische Staat. Weder der Staat noch die polnische Polizei würden etwas gegen die Kriminalität tun, beschwert sich beispielsweise der Mann in Mölschow, *„die schauen nur zu“*. Ohnehin würden die Gesetze in Polen zur Bekämpfung der Kriminalität nicht ausreichen, denn es gebe dort kein Gesetz, das Hehlerei verbiete, das wisse er. Skeptisch, was das Funktionieren des polnischen Staates angeht, zeigt sich auch die Ladenbesitzerin in Löcknitz. Eine weitere Einbindung von Polen in die EU, gar den Euro? *„Dann wird das vielleicht auch wie jetzt in Griechenland“*. Und insgesamt: *„Wenn man sich das Land so anschaut, wie lange das noch gut geht?“*

### **Billige Einkaufsmöglichkeiten und der Reiz der großen Städte**

Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Deutschland und Polen, die in das Bild vom armen Nachbarn eingehen, werden von den Menschen in der Grenzregion jedoch auch als Vorteil wahrgenommen. Polen, das bedeutet in erster Linie die Möglichkeit, billig einzukaufen. Ob es sich noch lohnt, nach Polen zum Tanken zu fahren, welche Produkte dort billiger und trotzdem gut sind – das sind Fragen, die in den Unterhaltungen häufiger zur Sprache kommen.

In Ueckermünde ist die Nähe zu Polen mit der Institution der „Butterfahrten“ verbunden. Der ältere Herr, der hier Ferienwohnungen vermietet, spricht ganz begeistert davon: *„Von Altwarp aus“* – einem Örtchen am Stettiner Haff, nur durch eine Bucht von Polen getrennt – habe man *„für 2 Euro pro Tag auf Butterfahrt“* fahren können. Reisebusse seien von weit her gekommen und durch den Butterfahrt-Tourismus *„hätten viele Lohn und Brot“* in der Gegend. Leider gebe es diese Fahrten nicht mehr seit Polen in der EU sei. Das bedauert auch ein älteres Ehepaar an der Strandpromenade, das gerne auf Butterfahrt gefahren ist: *„Da konnte man dann billig einkaufen und Kaffee und Kuchen haben wir dort gegessen... das war immer sehr nett.“* Billig könne man in Polen allerdings weiterhin zur Kur, wie der Ferienwohnungsbesitzer erklärt: *„Für 245 Euro, zwei kommen, einer zahlt. Mit Massagen, Fango usw., ein richtig gutes Programm, ist alles inklusive... Dreimal am Tag gibt 's Essen, einmal in der Woche Tanz. Das ist eine tolle Sache!“*

Nicht nur die billigeren Preise können Polen reizvoll machen. Die Nähe zu Polen ist zugleich die Nähe zu größeren Städten und ihren Einkaufs- und Vergnügungsmöglichkeiten – Swinemünde für die Menschen auf Usedom, Stettin für die Menschen auf dem Festland. Die Ueckermünderin von der Strandpromenade berichtet beispielsweise von dem neuen Einkaufszentrum, das in Stettin gebaut worden sei: *„Das würde ich mir schon gerne mal anschauen.“* Die Frau in Kamminke erzählt ebenfalls, dass sie *„viel“* nach Polen, nach Swinemünde, zum Einkaufen fahre. Vor allem Kleidung könne man dort gut einkaufen, denn *„die Polinnen sind ja so schick und modisch“*. Ganz enthusiastisch spricht auch die ältere Dame in Kamminke über die Nähe zu Swinemünde: *„Da ist immer was los! Da werden die Bürgersteige nicht hochgeklappt wie in Ahlbeck und Heringsdorf.“* Sie fahre jede Woche dorthin, auch zum Einkaufen. Es gebe schöne Boutiquen dort, *„und ich freue mich natürlich auch, wenn ich für eine schöne Markenjacke nur 40 Euro zahle und nicht 120“*.

Die Nähe zu Polen nehmen die Menschen im Alltag somit auch als Vorteil wahr. Polen wird dabei subjektiv mit positiven Eindrücken und Erfahrungen verbunden. Man fährt gerne mal hin und profitiert von Möglichkeiten, die man in der Form oder zu dem Preis auf der deutschen Seite nicht bekommen würde. Von solchen Erfahrungen schwärmt besonders der ältere Herr aus Ueckermünde, der gerne nach Polen zur Kur fährt: Die „*polnischen Mädchen*“, die in der Kureinrichtung arbeiten, die seien „*immer so höflich und adrett*“ und würden so elegant laufen, man fühle sich „*ganz trampelig*“ daneben. Alle könnten sie gut Deutsch und außerdem seien sie so freundlich – „*wo findet man das denn hier?*“ In diesen auf positiven Empfindungen gründenden Polenbildern schwingen ebenfalls Stereotype mit, allen voran das Klischee von Polen als einem billigen Einkaufs- und Urlaubsland. Gleichzeitig berichten die Menschen in diesem Zusammenhang jedoch auch fern von abschätzigen Vorurteilen von ihren persönlichen, freundlichen Begegnungen mit Polinnen und Polen.

### **Polen als potentielle Konkurrenten**

Nicht jeder interessiert sich für die Einkaufs- und Vergnügungsmöglichkeiten auf der anderen Seite der Grenze. Die Frage, ob sie selbst gelegentlich nach Polen fahren, wird auch abweisend beantwortet: „*Ne, ick hab ja alles hier*“, meint die Passantin am Zinnowitzer Bahnhof, die ihre Zustimmung zu NPD-Parolen zeigt, oder „*Ich mach das nicht, was soll ich denn da*“ die Dame im Löcknitzer Laden. In solchen Sätzen kann man eine Tendenz zur Abschottung heraushören und dahinter die Angst, dass die Nähe zu Polen und die offenen Grenzen Nachteile und neue Konkurrenten mit sich bringen könnten. Der Wirt einer Gaststätte in Löcknitz drückt diese Befürchtungen deutlich aus. Er finde es nicht gut, dass die Menschen zum Einkaufen nach Polen fahren: „*Die Leute tragen das Geld, das sie hier verdienen, nach Polen und geben es dort aus... Sie sollten mal sehen, wie das hier*

*an einem Ersten im Monat aussieht, da staut es sich Richtung Polen.*“ Die Region sei sowieso schon arm und man solle daher sein Geld in Deutschland ausgeben. Ein weiteres Problem: Die Deutschen würden Polen Aufträge geben, weil sie billiger arbeiten. Das führe dann wieder dazu, dass die Deutschen arbeitslos werden. Auch den Mitarbeiter einer Pasewalker Herberge beschäftigt die potentielle Konkurrenzsituation. Arbeit für die arbeitssuchenden Polen gebe es in der Region nicht, macht er klar. Auch viele Deutsche hätten keine Arbeit. „*Wenn die Polen hierherkommen und Arbeit finden würden, was glauben Sie, was dann hier los ist!*“

Es sind Ängste dieser Art, an die die NPD mit ihren Parolen gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die offenen Grenzen anknüpft. Ängste, die auf Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg seit der Wende gründen und von dem Gefühl fehlender Zukunftsperspektiven in der strukturschwachen Region gespeist werden. Sie können bei einigen Menschen, auch geschürt von rechtsextremer Hetze, zu Ablehnung und einer feindlichen Haltung gegenüber Polen führen. Dabei handelt es sich weniger um alte Vorurteile über „die Polen“, sondern um das neue Gefühl, in direkter Konkurrenz mit den polnischen Nachbarn um Arbeit und Wohlstand zu stehen und möglicherweise die bisher empfundene höhere Position in der ökonomischen Hierarchie zu verlieren. Die Konfrontation mit Polen ist in dem Sinne auch eine Konfrontation mit den eigenen Schwächen und Ängsten.

In den Gesprächen mit Menschen in der grenznahen Region stößt man auf ein vielschichtiges Polenbild, in dem Stereotype verschiedener Art sichtbar werden – nicht nur abwertende und diffamierende Stereotype, sondern auch alltagspraktische Klischees wie das von dem günstigen Einkaufsland. Klassische, überlieferte Vorurteile werden durch Alltagserfahrungen – zum Beispiel Diebstähle – subjektiv bestätigt und aktualisiert. Dazu kommen neue Konkurrenz- und Verlustängste, die sich insbesondere seit dem sukzessiven Wegfall der Grenzen entwickeln und die von der

rechtsextremen Szene weiter geschürt werden. Das Polenbild der Menschen in der grenznahen Region, das zeigen beispielhaft meine Eindrücke aus den geführten Gesprächen, muss daher nicht nur aus der historischen Kontinuität heraus verstanden,<sup>3</sup> sondern auch in den aktuellen sozialen und ökonomischen Kontext gestellt werden. Das negative Bild von Polen und den polnischen Bürgern, die misstrauische bis ablehnende Haltung gegenüber den Nachbarn koexistiert mit positiven, persönlichen Eindrücken, die auf direkten Erfahrungen und Begegnungen basieren. Nicht selten findet man diese Gleichzeitigkeit in ein und demselben Gespräch – auch wenn dies auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag. So erzählt selbst der Mann aus Mölschow, für den die Polen „ein fürchterliches Volk“ sind, dass er sich schon einmal überlegt habe, ein Holzhäuschen in der Kaschubei zu kaufen. Denn da seien die Leute auch netter, habe er gehört, als „die Polen“ an der Grenze.

---

3 Siehe den Artikel von Niels Gatzke in dieser Broschüre.









# Polenbezogene Ressentiments in der Arbeitswelt

Von Katja Wegner

## Ortsgespräche

Pasewalk, Torgelow, Löcknitz – das sind Städte in Vorpommern nahe der Grenze zu Polen. Zwanzig, manchmal zehn oder noch weniger Kilometer trennen die Bewohner der deutschen Seite von ihren polnischen Nachbarn. Vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union befürchteten viele in der Grenzregion einen Ansturm polnischer Bürger auf den deutschen Arbeitsmarkt; mit mehreren Zehntausend rechneten die Gewerkschaften und Arbeitsagenturen. Tatsächlich hat es bisher nur wenige Polen nach Vorpommern gezogen. Das wird vermutlich auch so bleiben: Für die kommenden vier Jahre rechnet die Bundesagentur für Arbeit mit einem Zuzug von rund viertausend Polen, hauptsächlich Handwerker, aber auch Fach- und Saisonkräfte aus dem Hotel- und Gaststättenbereich.<sup>1</sup> Im Herbst 2011 wollte ich es genau wissen: Sind Polen als Arbeitnehmer in Vorpommern ein Thema? Wie sind sie in die Belegschaften integriert? Gibt es ihnen gegenüber Vorurteile? Über diese Fragen sprach ich mit verschiedenen Akteuren aus der Region – Gewerkschaftsvertretern, Personalverantwortlichen, Unternehmensverbänden, Dienstleistern.

Einige Themen kamen in *jedem* Interview zur Sprache: Zunächst der Wahlkampf der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) zur Land- und Kreisratswahl im September 2011. Der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern plakatierte damals massiv im ganzen Land. Entlang der Bundesstraßen und in den Ortschaften war die NPD zudem oftmals die einzige Partei, die durch Wahlplakate auf sich aufmerksam machte. Ihre Slogans lauteten: „Kriminelle Ausländer raus!“, „Unsere Arbeit – unser Geld. Raus aus dem Euro“ und „Unsere Heimat – unsere Arbeit! Fremdarbeiterinvasion stoppen!“ Teilweise richteten sich die Parolen der NPD explizit gegen Polen, z. B. „Polen offen? Arbeit futsch! Auto weg!“

Die NPD thematisierte in ihrem Wahlkampf zudem die Eisengießerei Torgelow. Die Geschäftsführung der Gießerei hatte im August 2011 angekündigt, über zweihundert Mitarbeiter entlassen zu wollen.<sup>2</sup> Außerdem überlegte die Geschäftsleitung öffentlich, einen Teil der Arbeit an ausländische Dienstleister zu vergeben. Dieses Vorhaben setzte sie schließlich um.

---

1 „Arbeitnehmerfreizügigkeit als Chance begreifen“, Presseinformation der Agentur für Arbeit Neubrandenburg, 6. Mai 2011, [http://www.arbeitsagentur.de/nn\\_29282/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Presse/2011/039-Arbeitnehmerfreizue-gigkeit-als-Chance-begreifen.html](http://www.arbeitsagentur.de/nn_29282/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Presse/2011/039-Arbeitnehmerfreizue-gigkeit-als-Chance-begreifen.html) (Zugriff am 25. Dezember 2011).

2 „Eisengießerei Torgelow entlässt Mitarbeiter“, NDR.de, 16. August 2011, <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/torgelow119.html> (Zugriff am 25. Dezember 2011).

Für die Gießerei Torgelow sei *„Kolonnenarbeit mit ausländischen Mitarbeitern seit Jahren üblich. Parallelen zum Spargelstechen, zur Obsternte und zur Weinlese sind allgegenwärtig und können durchaus gezogen werden“*, sagte der Geschäftsführer Peter Krumhoff.<sup>3</sup> Der Einsatz polnischer „Kolonnen“ scheint in den Betrieben in Vorpommern üblich zu sein. Die meisten meiner Gesprächspartner bestätigten, dass Polen selten fest angestellt werden sondern in Subunternehmen mit Sitz in Polen und auf Projektbasis arbeiten.

Schließlich war das deutsch-polnische Ausbildungsmodell häufig Thema der Gespräche. Immer mehr Unternehmen überlegen, polnische Jugendliche als Lehrlinge auszubilden. Seit dem neuen Ausbildungsjahr gibt es in mehreren Betrieben in Torgelow insgesamt sechs polnische Auszubildende.

***„Dort, wo es wirklich brennt, sieht keiner den Bedarf zu handeln“***

Das erste Interview führte ich mit einem Vertreter des Betrieblichen Beratungsteams (BBT) Neubrandenburg, das sich gegen Fremdenfeindlichkeit in Betrieben engagiert.<sup>4</sup> Äußerungen, die sich explizit gegen Polen richten, hat er in Vorpommern noch nicht gehört. *„Also, dass direkt Polenfeindlichkeit in irgendeinem Unternehmen in der Region aufgetreten ist, kann ich nicht sagen.“* Dennoch gebe es in den Betrieben viele Mitarbeiter, die Ausländer als Gefahr sähen. *„Wenn die NPD in der Region mit dreißig Prozent gewählt wird, dann hast du natürlich auch immer rechtsgesinnte Leute in den Betrieben, die da arbeiten.“* Derer Gesinnung komme unterschwellig zum Ausdruck: *„Da ist oft wenig Konkretes, viel Unwissen und Frust-Ablassen dabei.“* Der Frust sei bei den Beschäftigten in Vorpommern groß. In den Zeiten von Wirtschaftskrise, Globalisierung und Outsourcing wachse die Angst um den

eigenen Arbeitsplatz sowie die Suche nach einem „Prügelbock“, meint mein Gesprächspartner. Deutsche Angestellte würden Ausländer häufig mit Billiglohn oder Job-Konkurrenz assoziieren.

Ein geeignetes Instrument gegen Fremdenfeindlichkeit sei das polnisch-deutsche Ausbildungsmodell. Dies sieht vor, polnische Jugendliche in deutschen Betrieben auszubilden. Für ihre erfolgreiche Integration seien allerdings präventive Gespräche mit der zumeist homogenen deutschen Belegschaft notwendig. *„Ansonsten wird es knifflig, die Zusammenarbeit in so einer Truppe. Wo ist dann die Grenze zwischen Streich und Mobbing?“*, fragt der Interviewte. Um Ausländerfeindlichkeit vorzubeugen, richtet das Betriebliche Beratungsteam sein Beratungsangebot an Betriebs- und Personalräte, an Geschäftsführungen und die Belegschaften von Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Bisher wird das Angebot aber nur vereinzelt wahrgenommen: *„Dort, wo es wirklich brennt, sieht keiner den Bedarf zu handeln.“* Auf die Angebote des Vereins werde eher mit Unverständnis oder Ignoranz reagiert. Was er zu hören bekomme, sei vor allem: *„Bloß keine schlafenden Hunde wecken‘ und: ‚Wieso, ist denn was vorgefallen?‘“*

***„Also, da gibt es in keinster Weise Probleme“***

Nach diesem ersten Gespräch war ich neugierig auf das deutsch-polnische Ausbildungsmodell. Bisher bieten zwei Betriebe aus dem östlichen Vorpommern polnischen Jugendlichen die Möglichkeit, bei ihnen eine Ausbildung zu machen. Das Ausbildungsprojekt wurde im Jahr 2011 von der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mit Sitz in Pasewalk initiiert, um die ausbleibenden Bewerbungen von Jugendlichen aus der Region auszugleichen. Bei einem Betrieb, der seit September vier polnische Lehrlinge beschäftigt, habe

---

3 *„Politiker stehen Eisengießerei bei“*, Nordkurier, 20. August 2011, <http://www.nordkurier.de/cmlink/nordkurier/lokales/ueckermuende/politiker-stehen-eisengiessern-bei-1.29900> (Zugriff am 26. Dezember 2011).

4 Interview am 7. November 2011 geführt.

ich nachgefragt.<sup>5</sup> Die zuständige Ausbilderin sagt über ihre bisherigen Erfahrungen: *„Es ist nicht einfach. Wir haben es uns aber auch nicht einfach vorgestellt.“* Das Hauptproblem sei die Sprache. Damit die polnischen Lehrlinge ihre Deutschkenntnisse erweitern, erhalten sie zusätzlichen Sprachunterricht. Nach zweieinhalb Monaten hätten sich die Lehrlinge insgesamt gut eingelebt, meint die Unternehmensvertreterin. Die Firma hat schon häufiger mit Polen zusammengearbeitet. Im Sommer beschäftigte sie polnische Handwerker auf Projektbasis. Der Auftrag wurde an die polnischen Fachkräfte vergeben, nachdem die Arbeitsagentur kein Personal aus der Region vermitteln konnte. Meine Gesprächspartnerin führt das auf die Art der Arbeit zurück: zu schwer und zu gering bezahlt, als dass es sich für einen Arbeitslosen in Deutschland lohnen würde. Von Verdrängung und direkter Konkurrenz durch Polen könne demnach keine Rede sein. Ausländerfeindliche Äußerungen hätte es in ihrem Unternehmen bisher nicht gegeben – weder gegenüber den vier polnischen Lehrlingen noch gegenüber der polnischen Arbeiterkolonne: *„Also, da gibt es gar keine Probleme. Wir wachsen hier in der Region doch mit Polen als Nachbarn auf!“* Grundsätzlich gelte, dass alle gleichbehandelt werden. Dies ist in der Firma auch schriftlich festgehalten: *„Wir haben klare Richtlinien; meine politische Gesinnung hat hier im Betrieb nichts zu suchen“*, konstatiert die Befragte.

**„Mit Mindestlohn  
wird es für unsere Leute attraktiver“**

Die Perspektive der Gewerkschaften schildert mir ein Vertreter des DGB Nord.<sup>6</sup> Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in der Region Vorpommern sieht den Austausch mit Gewerkschaften aus Polen als Maßnahme, um Ängste und Vorurteile gegenüber Polen abzubauen. Im Rahmen von internationalen Ge-

werkschaftsräten, die aus Vertretern des DGB Nord und der polnischen Gewerkschaft Solidarność bestehen, stimmen beide Seiten regelmäßig ihr politisches Vorgehen ab und tauschen Erfahrungen aus.

Die Gewerkschaften in Deutschland befürchteten anfangs, dass sich mit dem EU-Beitritt Polens 2004 die Bedingungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt verschlechtern würden, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsrechts und Lohnniveaus. Um dies zu verhindern, setzte der DGB bei der Bundesregierung Übergangsbestimmungen durch. Diese schränkten die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit der Bürger aus den 2004 beigetretenen Ländern Mittel- und Osteuropas ein. Erst ab dem 1. Mai 2011 erhielten sie den freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Wie einleitend bereits erwähnt, haben sich die Befürchtungen der Gewerkschafter nicht erfüllt. Der vorausgesagte Ansturm polnischer Arbeitskräfte blieb aus, ebenso wenig wurden deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren Arbeitsstellen verdrängt. Der Gewerkschaftsvertreter führt dies auf die ökonomische Entwicklung in Polen zurück. Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hätte zu einer Angleichung der Löhne geführt; zusätzlich sei die Nachfrage nach Fachkräften in Polen gestiegen. Die Unternehmen in Deutschland seien deshalb gezwungen, den Fachkräftemangel durch deutsche Arbeiter zu beheben. Deshalb fordert der DGB einen branchenübergreifenden Mindestlohn. Dieser könne dazu beitragen, die Arbeit im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Bau- oder Pflegebereich für deutsche Fachkräfte attraktiver zu gestalten, vermutet mein Interviewpartner. Er ist zuversichtlich, dass die Integration der Polen auf dem deutschen Arbeitsmarkt erfolgreich verlaufen wird – vorausgesetzt es gibt entsprechende Qualifizierungen und Sprachlehrgänge, um die Integration zu erleichtern.

<sup>5</sup> Interview am 9. November 2011 geführt.

<sup>6</sup> Interview am 10. November 2011 geführt.

**„Wir müssen das Potenzial vor Ort besser nutzen“**

Während des Gesprächs mit einem Vertreter des regionalen Unternehmerverbandes spielte das Thema Mindestlohn keine Rolle. Ebenso wenig wusste er Konkretes zu polnischen Arbeitnehmern zu sagen. Für ihn seien Polen nur eine Gruppe potenzieller Arbeitnehmer unter vielen. Die Firmenchefs aus Mecklenburg-Vorpommern würden sich grundsätzlich im ganzen Ostseeraum nach Fachkräften umschauchen, so seine Erfahrung. Bei der Auswahl von Bewerbern für eine Arbeitsstelle spiele nicht deren Nationalität eine Rolle, sondern die fachliche Qualifikation. Die Sprache sei hierbei entscheidend. In der Praxis komme es nur selten zu Festeinstellungen polnischer Fachkräfte. Momentan bedeute das nämlich, trotz aller Vereinfachungen seit dem 1. Mai 2011, einen hohen bürokratischen Aufwand. Üblich sei es stattdessen, einzelne Aufträge an polnische Subunternehmen und Zeitarbeitsfirmen zu vergeben. Nur wenige Unternehmen aus Deutschland würden mit Fachkräften aus Polen rechnen, um den einheimischen Fachkräftemangel auszugleichen. Dies habe vor allem zwei Gründe: Zum einen entspräche das Potenzial auf dem polnischen Arbeitsmarkt nicht dem, was in Deutschland gebraucht werde. *„Da gibt es die alleinstehende, alleinerziehende, ca. dreißig Jahre alte Frau ohne Berufsabschluss. Das ist diejenige, die auf dem polnischen Arbeitsmarkt zur Verfügung steht“*, sagt der Unternehmensvertreter. Zum anderen stünden polnische Unternehmensverbände und Regierungsvertreter den deutschen Abwerbungsversuchen kritisch gegenüber. Deshalb setze der Vertreter des Unternehmerverbandes auf die Menschen in der Region: *„Wir müssen das Potenzial vor Ort besser nutzen, durch Fortbildungsangebote und berufsvorbereitende Maßnahmen.“*

Rechtsextremismus sei für die Unternehmen in der Region ein relevantes Thema: *„Ja, Leute mit rechter Gesinnung haben wir auch und so etwas wirkt sich eben auch auf das ganze Unternehmen aus, wenn diese Leute da aktiv werden.“* Wenn sich ein Mitarbeiter fremdenfeindlich äußere, würde allerdings oft die Rechtsgrundlage fehlen, um wirksam gegen diese Person vorzugehen.

**„Ein Pole sieht eben nur das Geld, was er verstecken kann“**

Meine ersten vier Gesprächspartner waren sich darüber einig, dass es kaum polnische Arbeitskräfte in Vorpommern gebe. Die wenigen, die hier seien, machten die Arbeit, die deutsche Fachkräfte nicht übernehmen wollten. Und: Polenfeindlichkeit sei kein besonderes Problem. Ein Dachdecker aus dem grenznahen Raum hatte dazu eine andere Einstellung. Ich sprach mit ihm über seine Erfahrungen mit den polnischen Nachbarn.<sup>7</sup>

Zwar gebe es in Vorpommern mittlerweile viele Polen, die Immobilien besitzen, Geschäfte eröffnen und ihre Kinder in die Schulen vor Ort schicken würden. Allerdings würden deutsche Handwerker und Dienstleister dadurch benachteiligt: *„Der Pole sieht zu, dass er mit seinen eigenen Leuten die Baustelle fertig macht und als Deutscher guckst du zu und kriegst nichts bei ab.“* Polen würden auf den Baustellen unter sich bleiben und meist schwarz arbeiten; im Gegensatz zu deutschen Handwerkern: *„Da werden Rechnungen massiv höher angesetzt als das Geld eigentlich benötigt wird, um später genug Reserve zu haben. Das ist ein cleverer Zug von den Polen. Ein Deutscher würde das als Betrug empfinden. Ein Pole sieht eben nur das Geld, was*

---

7 Interview am 10. November 2011 geführt.

*er selber verstecken kann.“* Dieses Vorgehen würde durch die deutschen Steuergesetze und das Förder-system der Europäischen Union begünstigt. Deshalb fordert er: „Wir müssen die kommunalen Steuergesetze ein bisschen mehr regulieren um die Geldgier der Anderen auszubremsen.“

Mein Interviewpartner hatte in den vergangenen drei Jahren, während in Deutschland die Baubranche von der Wirtschaftskrise erfasst wurde, seinen Zwei-Mann-Betrieb nach Polen verlegt. Deshalb verglich er während des Interviews immer wieder den deutschen Arbeitsmarkt mit dem polnischen. In Polen würde im Gegensatz zu Deutschland ein wesentlich freierer Markt herrschen: *„Im Endeffekt ist das schon perfekter Kapitalismus in Polen. Da ist nichts staatlich gestützt oder so. Da können wir in Deutschland froh sein, dass wir hier ein bisschen Demokratie haben.“* Der Wettbewerb in der Baubranche und anderen Berufen sei in Polen *„härter, aber irgendwo auch gerechter“*. Als deutscher Anbieter könne er sich diesem System nicht verschließen. Um in Deutschland wie in Polen auf dem Arbeitsmarkt mithalten zu können, müsse er diesen seiner Ansicht nach teilweise illegalen Spielregeln folgen.

## **Fazit**

Meine Tour durch das süd-östliche Vorpommern im Herbst 2011 vermittelt ein facettenreiches Bild. Das Nachbarland Polen und dessen Bewohner sind in der Region ein alltägliches Thema. Deutsche und Polen wohnen in Städten wie Löcknitz und Pasewalk Tür an Tür, in Torgelow werden polnische gemeinsam mit

deutschen Lehrlingen ausgebildet und deutsche wie polnische Handwerker arbeiten auf Großbaustellen dies- und jenseits der Grenze zusammen. Die Aussagen der verschiedenen Akteure lassen vermuten, dass zumindest in der Arbeitswelt eher von einem Nebeneinander als einem Miteinander die Rede sein kann. Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen gibt es derzeit nur wenige Polen, die als fester Teil der Belegschaft in Firmen der Region arbeiten. Häufig kommen Polen als Saisonarbeiter oder mit einem begrenzten Werkauftrag nach Deutschland. Zum anderen assoziieren die Einheimischen in Vorpommern oftmals negative Entwicklungen mit polnischen Arbeitern. Deutsche Handwerker und Dienstleistende haben Angst, aus ihren Jobs verdrängt zu werden; Gewerkschafter fürchten Lohndumping. Die Gefahr fremdenfeindlicher Tendenzen in den Unternehmen besteht also und sollte von Geschäftsführern wie Personal- und Betriebsräten ernst genommen werden. Vorbeugende Seminare und aufklärende Gespräche können einen wichtigen Beitrag für ein tolerantes Arbeitsklima leisten. Auch grenzüberschreitende Projekte, wie das deutsch-polnische Ausbildungsmodell helfen vermutlich, das Miteinander beider Seiten zu vertiefen und Vorurteile abzubauen. Nicht zuletzt sollten in jedem Unternehmen die durchaus vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten für den Umgang mit fremdenfeindlichen Äußerungen genutzt und der Belegschaft kommuniziert werden. Die in Unternehmen vermittelten Werte und Verhaltensweisen könnten schließlich auch Vorbild für ein tolerantes Zusammenleben außerhalb der Arbeitswelt sein.



# Polenfeindlichkeit im vorpommerschen Umkreis von Stettin aus polnischer Sicht

*Adrian Fiedler*

Schon am Bahnhof von Pasewalk merke ich, dass ich in eine besondere Gegend gekommen bin. Einige Hinweisschilder in polnischer Sprache weisen den Reisenden den Weg, auch der Ueckermünder Zoo wirbt auf einem großen Plakat auf Polnisch um den Besuch polnischer Familien. Ab Pasewalk beginnt in etwa der Teil von Vorpommern, der im direkten Einflussbereich der polnischen Großstadt Stettin (Szczecin) liegt.

Die Grenze zwischen Polen und Deutschland ist in dieser Region durchlässiger als weiter südlich, beispielsweise zwischen Brandenburg und dem Lebuser Land, denn hier trennt kein breiter Fluss die beiden Länder. Zahlreiche Radfahrer kreuzen auf Feld- und Radwegen die kaum wahrnehmbare Grenze, aber auch der Schwerlastverkehr sucht sich den Weg aus dem und in den Hafen von Stettin. Die Stadtbewohner aus Stettin suchen sich im Sommer die schönsten Badeseen, egal ob auf vorpommerscher Seite in Deutschland oder auf der westpommerschen Seite in Polen. Im Tourismus scheint man auf beiden Seiten auf Besucher von der anderen Seite eingestellt zu sein.

Die Stettiner Agglomeration grenzt direkt an Vorpommern. Umgeben von Haff und Wäldern kann sie sich auf polnischer Seite kaum mehr ausdehnen. Doch der Bedarf an neuem Wohnraum ist da, trotz sich verteuernenden Baukrediten herrscht im Umland von Stettin weiterhin rege Bautätigkeit. Entsprechend hoch sind die Preise für Bauland, Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Da bietet sich der Hauskauf im benachbarten Vorpommern an, wo viele Häuser leer stehen und zum Verkauf angeboten werden.

Drei Gruppen von Polen, so wurde mir berichtet, lassen sich zurzeit gern im vorpommerschen Umkreis der Stadt nieder: Das sind zum einen Stettiner, die auch weiterhin in Stettin arbeiten, sich in Vorpommern ein Haus gekauft haben und nur dort wohnen. Ihre Kinder schicken sie am Wohnort in deutsche Schulen, wovon sie sich erhoffen, dass sie gleich zweisprachig aufwachsen und später mit einer guten Ausbildung entsprechende Chancen haben. Zweitens gibt es Personen, die einmal aus Polen (häufig auch dem Stettiner Gebiet) nach Westdeutschland ausgewandert sind, etwa zur Solidarność-Zeit in den 1980er Jahren, und nun im Alter etwas näher an Polen gezogen sind, wo sie es nicht weit zur Familie und zum polnischen Kulturangebot haben, aber dennoch in schon gewohnter deutscher Umgebung bleiben können. Die dritte Gruppe sind die noch nicht ganz Entschlossenen. Sie arbeiten meist auch in Stettin und sind erst einmal in eine Mietwohnung eingezogen, sei es weil sie sich (noch) kein Haus mit Grundstück leisten können, oder weil sie erst ausprobieren möchten, ob sie in Deutschland zurechtkommen. Schließlich ist es kein einfacher Schritt, in ein anderes Land zu ziehen. Die meisten Wohnungen mit polnischen Mietern gibt es dabei in den Städten. Allen voran ist Löcknitz hier zu nennen, das gleichwohl als Brennpunkt des deutsch-polnischen Zusammenlebens in der Grenzregion angesehen wird. Nur ein ganz geringer Teil von Polen, der in Vorpommern lebt, geht auch dort seiner Berufstätigkeit nach.



Die Stettiner Künstlergruppe „Czas, Przestrzeń, Tożsamość“ (Zeit, Raum, Identität) hat einen Namen gefunden für das frühere deutsch-polnische Grenzgebiet. Sie sprechen von „Nowa Amerika“, einem neuen Amerika, wo sich Abenteuerlustige in einem noch kaum besiedelten Land niederlassen, neue Wege suchen und in Kontakt mit den alten Ureinwohnern kommen. Doch nicht bei allen Alteingesessenen sind die neuen Nachbarn willkommen. Die Gegend ist bekannt für den deutschlandweit höchsten Stimmenanteil für rechtsextreme Parteien bei Wahlen. Schon auf dem Weg vom Bahnhof Pasewalk in die Stadt sehe ich die ersten rechtsextremen Wahlplakate. Es ist Mitte August, knapp drei Wochen vor der Landtagswahl. Ich bin etwas erschrocken, denn diese Wahlplakate sind anders, als die mir bekannten fremdenfeindlichen Inhalts. Waren die Plakate, die ich sonst bei Wahlen gesehen hatte, eher allgemein gehalten, so sind sie hier dezidiert polenfeindlich und zielen mit Klischees auf die Situation vor Ort ab. „*Polen offen – Arbeit futsch, Auto weg?*“, lese ich zum Beispiel.

Was denken Polen, wenn sie so etwas sehen? Wie empfinden sie diese Feindlichkeit ihnen gegenüber? Sind sie selbst schon auf offene oder verdeckte Polenfeindlichkeit gestoßen? Schreckt es sie nicht ab, sich hier niederzulassen? Wie sind sie aufgenommen worden und wie kommen sie mit ihren deutschen Nachbarn zurecht? Diesen Fragen möchte ich in den nächsten Tagen nachgehen. Um mir ein möglichst breites und ausgewogenes Bild zu machen, treffe ich mich mit Polen, die an unterschiedlichen Orten in der Region wohnen, auf dem Land, in einer Kleinstadt, in einem Mittelzentrum und die – von Berufs wegen oder durch ihre gesellschaftliche Aktivität – viel mit anderen Polen, die in der Gegend leben, Kontakt haben.

## **Pasewalk – vor allem mit billigen Sprüchen auf Stimmenfang?**

Als erstes treffe ich mich mit Pfarrer Grzegorz Mazur. Der polnische Priester ist speziell nach Pasewalk berufen worden, um die recht große Anzahl polnischer Katholiken ins Gemeindeleben zu integrieren. Er hatte vorher schon zwei Pfarrstellen in Deutschland, zuerst in Süddeutschland, anschließend im brandenburgischen Bad Freienwalde. Hier sei er herzlich aufgenommen worden, das war in Süddeutschland damals anders. Aber man könne die Pfarreien nicht vergleichen. Hier lebe eher eine katholische Diaspora, während er es im Süden Deutschlands mit einer geschlossenen, recht konservativen Gemeinde zu tun hatte. Auch habe sich das Polenbild seit dem Beitritt Polens in die EU zum Positiven geändert. Seine Gemeinde ist flächenmäßig recht groß, hat aber nur 1.700 Gläubige. Davon sind etwa 500 Polen. Den Polen ist der Besuch der Messe am Sonntag wichtig, sie kommen auch, wenn die Messe auf Deutsch ist. Einmal im Monat bietet er in Pasewalk den Gottesdienst in polnischer Sprache an. Eigentlich wollte er auch ab und zu gemeinsam mit den evangelischen Christen in Löcknitz einen polnisch-deutschen Gottesdienst anbieten. Dort wurde seine Idee aber abgelehnt, bedauert er.

Probleme innerhalb der Gemeinde gebe es eigentlich nicht. Das läge vor allem daran, dass Christen generell offener sind, denn das sei schon im Glauben begründet, mutmaßt Pfarrer Mazur. Aber auch außerhalb der Gemeinde sei er noch nicht auf offene Polenfeindlichkeit gestoßen. Ja, er hatte schon einmal hier und da das Gefühl, wie ein potentieller Dieb behandelt zu werden, wenn er sich in einem Geschäft beim Einkaufen auf Polnisch unterhalten habe. Aber so etwas sei auch zurückgegangen.

Im Vorgespräch am Telefon hatte der Pfarrer schon die problematischen NPD-Plakate erwähnt. Jetzt darauf angesprochen, ist er etwas zurückhaltender. *„Wissen Sie, die hängen so hoch, die nimmt man eigentlich gar nicht wahr im Vorbeifahren.“* Seiner Meinung nach gehe es nur darum, mit billigen Sprüchen auf Stimmenfang zu gehen. Er empfindet dies allenfalls als unangenehm, es sei aber schon besser geworden als vor ein paar Jahren. Besonders in Löcknitz, höre ich, habe es vor einigen Jahren starke Auseinandersetzungen wegen solcher Plakate gegeben. Pfarrer Mazur kann es aber sehr gut verstehen, dass derartige Plakate Polen unangenehm auffallen, gerade wenn jemand erst kurze Zeit in Deutschland lebt. Über Benachteiligungen aufgrund der Herkunft hätten seine polnischen Gemeindeglieder noch nicht besonders geklagt. Die häufigsten Probleme mit Deutschen würden aus den fehlenden Sprachkenntnissen resultieren. *„Wenn jemand eine gute Arbeit anbietet, dann sucht er sich auch jemanden, der die entsprechende Qualifikation und deutsche Sprachkenntnisse hat.“*, sagt er. Wenn polnische Bürger Schwierigkeiten haben, so läge das manchmal an der Bürokratie, die etwas anders funktioniere als in Polen. Da bemühe er sich zu vermitteln und habe auch Kontakt zur polnischen Botschaft, mit der er schon einmal ein Informationstreffen in der Gemeinde organisiert hat.

Generell sieht Pfarrer Mazur das deutsch-polnische Zusammenleben in der Region auf einem guten Weg. Er wünsche sich noch stärkeren Austausch, den Ausbau von Kontakten, mehr Interesse füreinander. Dies gelte vor allem auch für Deutsche, deren Erfahrungen mit Polen über kurze Einkäufe hinter der Grenze kaum hinausgehen. Denn nur durch persönliche Erfahrungen können Vorurteile abgebaut werden. Was Vorurteile angeht, so sieht er auch Fernsehen und Filmemacher in der Pflicht, denn häufig würden Stereotype über Polen wiederholt, negative Bilder gepflegt. Kritik an den Medien werde ich in der nächsten Zeit noch einige zu hören bekommen.

## Rossow – NPD-Plakate thematisiert

Ich fahre weiter in Richtung Stettin. Die Häufigkeit der NPD-Plakate nimmt zu, dazu kommen gesprühte Parolen. Ein SPD-Plakat ist mit *„Rot-Front verrecke“* und einem rechten Symbol versehen worden. Es scheint doch eine aktive rechtsextreme Community hier zu geben, denke ich. *„Also uns wurde gesagt, die sind aus Rostock.“*, kommentiert Adam Bujnowicz die rechtsextremen Parolen im Landschaftsbild. Adam und Ewa Bujnowicz wohnen in Rossow, sie sind vor Ort gesellschaftlich aktiv: Sie betreiben das Blog [pogranicze.de](http://pogranicze.de). Pogranicze heißt: Grenzregion. Das Blog entstand mit dem Ziel, Landsleuten, die ähnlich wie Adam und Ewa sich auf deutscher Seite in der Grenzregion niederlassen wollen, Informationen zu Ämtern und Abläufen zu geben. Im zur Webseite gehörenden Forum können sich die polnischen Neusiedler untereinander austauschen und sich Tipps geben. Im Pogranicze-Blog werden auch die Nachrichten zu deutsch-polnischen Themen und speziell zu Themen in der Grenzregion beobachtet und wiedergegeben. Die Bujnowicz' haben dadurch auch gute Kontakte zur örtlichen Politik. Der Bürgermeister von Löcknitz hat sie auch wegen der NPD-Plakate angesprochen. *„Das sind positive Signale. Das zeigt, dass sie uns hier akzeptiert haben und dass sie sich darum sorgen, dass wir uns nicht unwohl fühlen“*, sagt Adam Bujnowicz. Ein bisschen beunruhigt seien sie, sagt seine Frau Ewa. Man spürt auch ihr Missfallen am dargestellten Bild der Polen. *„Wir sind hier schließlich nicht hergekommen, um Almosen zu erbetteln“*, sagt sie. *„Wir nehmen niemandem die Arbeitsplätze weg, wir schaffen sogar Arbeitsplätze. Wir zahlen hier auch Steuern, die Geschäfte leben von uns. Wir wohnen hier und wollen auch so behandelt werden. Nicht besser, nicht schlechter, sondern ganz normal.“* Die beiden fühlen sich in ihrem neuen Wohnort, in dem sie seit knapp drei Jahren leben, sicher. Ja, sie sind beunruhigt ob des Auftretens der NPD. Aber sie haben Vertrauen in die deutsche Polizei. Nach zwei Einbrüchen auf

ihrem Grundstück wissen sie, wie schnell die Polizei reagiert. Das eine Mal konnten die Diebe gestellt werden, es waren übrigens Deutsche. Einem Bekannten sei vor ein paar Wochen das Auto demoliert worden, aber da wisse man nicht, wer der Täter, was der Hintergrund war, deswegen möchten sie nicht weiter darüber spekulieren. Andere Fälle kennen sie nur vom Hörensagen. In Löcknitz gebe es häufiger Probleme zwischen Polen und Deutschen, aber das läge auch daran, dass die Leute dort in Mietwohnungen dichter aufeinander leben, da kann es schon mal Auseinandersetzungen geben, finden sie. Auch von Problemen in den Schulen höre man. So seien in einer Löcknitzer Grundschule polnische Kinder angespuckt worden. Aber ob das echte deutsch-polnische Konflikte oder einfach übliche Streitigkeiten zwischen Kindern waren, möchten sie nicht bewerten. Die polnischen Zeitungen würden häufig einseitig berichten und aus solchen Fällen gleich internationale Affären machen. *„Wir lesen häufig Berichte, wie der Hans dem armen Krzysiek Unrecht angetan hat. Aus Krzysieks Sicht war das vielleicht so. Aber man müsste dazu auch Hans fragen, wie das war“*, finden sie. Dass sich die Leute ein objektiveres Bild von der Region und den Vorfällen machen können, darin sehen sie auch die Aufgabe ihres Internetprojektes. *„Uns Polen in der Region fehlt eventuell auch eine politische Vertretung“*, sagt Ewa. Selbst könnten sie sich aber nicht vorstellen, bei Kommunalwahlen, an denen auch EU-Ausländer teilnehmen können, anzutreten. Das Auftreten ihrer Landsleute bei den letzten Kommunalwahlen sehen beide sehr kritisch. *„Überspitzt gesagt waren da Leute darunter, die kannten im Wesentlichen nur die Straße Stettin – Löcknitz.“*

Beide sehen das Zusammenleben von Deutschen und Polen *„definitiv positiv“*. Mir gegenüber äußern sie auch Verständnis für die Ängste der Deutschen. Trotzdem die meisten Polen in Stettin arbeiten, können sie sich vorstellen, dass die Deutschen beunruhigt sind, nachdem so viele Polen in ein Gebiet mit so hoher Arbeits-

losigkeit gezogen sind. Schließlich wüssten die Leute nicht, wo die neuen Nachbarn arbeiten und die NPDSpiele mit den Ängsten der Leute. Die beiden bereuen die Wahl ihres Wohnortes nicht, sie scheinen rundum zufrieden. *„Irgendwelche Episoden werden immer vorkommen“*, sagen sie, aber *„es gab hier schließlich keine Überfälle.“*

## **Blankensee – Integrationsabende im Dorfkrug**

Vor Überfällen fürchten sich zumindest ein wenig die Inhaber des Dorfkrugs in Blankensee. Ein deutsch-polnisches Ehepaar aus Schleswig-Holstein hat das Gasthaus, das seit dem Ende der DDR geschlossen war, unter dem zweisprachigen Namen *„Gaststätte – Gospoda“* wiedereröffnet. Seitdem ist es wieder so etwas wie der Mittelpunkt des Ortes. Auf der Speisekarte finden sich polnische Spezialitäten, wie *„russische Piroggen“*. Manche Gerichte sind nur auf Polnisch, andere nur auf Deutsch genannt.

Die engagierte Betreiberin der Gospoda, Alicja Spiczak-Berezinski, ursprünglich auch Stettinerin, arbeitet nebenbei noch in einem Immobilienbüro. Polen aus dem Stettiner Raum gehören hauptsächlich zu ihren Kunden. Gemeinsam mit ihren Kollegen organisiert sie Integrationsabende und kleinere Dorffeste im Dorfkrug, zu denen die neuen Bewohner aus Polen wie die alten Einwohner der Gegend eingeladen sind. Kürzlich veranstalteten sie ein Benefizkonzert zu Gunsten der Renovierung der evangelischen Kirche von Blankensee mit einem Schülerchor aus Stettin. *„Wir laden auch im Internet zu unseren Veranstaltungen ein – da haben wir schon die Befürchtung, dass da auf einmal ein Haufen Nazis vor der Tür steht ...“*, sagt mir der Inhaber der Immobilienfirma. Einmal, zu Christi Himmelfahrt, sei es in ihrem Lokal beinahe zu einem Zusammenstoß gekommen, berichtet die Patronin der Gospoda, Gott sei Dank ging es noch einmal glimpflich ab. Nach einigem *„Herrentag“*-üblichen Alkoholgenuss standen sich

NPD-Anhänger und Gegner gegenüber. Nur durch beherrschtes Eingreifen konnte sie Schlimmeres verhindern. *„Aber so etwas kann ja auch wieder vorkommen“*, befürchtet sie *„... und ob dann in unserem abgelegenen Ort rechtzeitig die Polizei da wäre?“* Sie kenne die NPD-Anhänger im Ort, sie kommen auf ein Bier in ihre Kneipe. Man spüre bei denen vielleicht eine gewisse Abneigung, aber auch normale Leute seien häufig recht reserviert gegenüber Polen. Viele jüngere Leute aus Polen, die gut ausgebildet sind und sich einbringen wollen, ziehen in die Gegend. Sie würden jedoch schnell ausgebremst in ihrem Engagement. Extreme Situationen der Polenfeindlichkeit seien noch nicht vorgekommen, *„aber wenn man das könnte, würden einige gewiss gern am See Schilder aufstellen mit ‚Nur für Deutsche‘“*, schätzt sie die Bewohner ein. Gleichzeitig äußert sie Verständnis für den Unmut der alten Dorfbewohner und kritisiert ihre Landsleute: *„Nachdem die Grenzen offen sind, kommen viele aus der Stadt, aus Stettin an unseren See. Leider hinterlassen viele dort ihren Müll. Das sind keine Polen die hier leben, aber das hat Auswirkungen auf das Bild der Polen.“*

Im Dorfkrug habe ich noch Gelegenheit, mit einigen kürzlich hergezogenen Polen zu sprechen. Während die jüngeren geradezu optimistisch eingestellt sind und gar keine Probleme sehen wollen, wie mir scheint, machen sich die Älteren wohl mehr Sorgen. Auf die auch auf dem Dorfplatz vor dem Lokal deutlich sichtbar hängenden Plakate angesprochen, erhalte ich unterschiedliche Reaktionen. Das sei ein wellenartiges Phänomen, vor den Wahlen spüre man so eine Stimmung, danach sei wieder Ruhe. Man ist daran gewöhnt. Und schließlich gäbe es auch in Polen rechte Parteien, höre ich von den einen. Die anderen sagen: *„Diese Plakate beleidigen uns!“* Sie erinnern mit Besorgnis an die deutsche Geschichte. Auch der Nationalsozialismus habe mit solchen entzündlichen Punkten, die zum Hass aufstachelten, angefangen. Gleichzeitig machen sich die Älteren darüber Gedanken, wie wenig man besonders in Ostdeutschland über die deut-

sche Geschichte gerade in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs wisse.

Besonders um die deutschen Jugendlichen ist Alicja Spiczak-Berezinski besorgt. Man müsse der Jugend die Hand reichen, sich um ihre Ausbildung kümmern, sonst sitzen sie an der Bushaltestelle herum oder in Löcknitz am See, saufen und lassen sich von der NPD verführen, sagt sie. Es reiche nicht, dass die Regierung sich nur um die Region sorgt, wenn Wahlkampf ist. Der Wahlkampf – mit den rechtsextremen Parolen und auch der Berichterstattung darüber – verschärfe regelmäßig die Situation, da merke man auch eine Reaktion der Kunden, die sich für Immobilien in der Gegend interessieren. Einige würden dann ängstlich reagieren oder Orte meiden, die negativ aufgefallen sind wie Löcknitz.

Die polnischen Häuslebauer bemühen sich selbst intensiv um ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis. *„Anfangs waren die deutschen Nachbarn etwas zurückhaltend, aber das hat sich schlagartig geändert, als wir mit der Renovierung begonnen und sie gesehen haben, dass wir etwas aus dem Haus machen“*, sagt mir Ewa Bujnowicz. Geradezu fasziniert von der sprichwörtlichen deutschen Ordnung versuchen sie es ihnen nachzumachen. *„Der Rasenmäher war wohl unsere erste Anschaffung“*, sagt Adam Bujnowicz augenzwinkernd, *„das ist Pflicht“*. Auf [pogranicze.de](http://pogranicze.de) und schon beim Immobilienkauf erhalten die Neuansiedler Tipps zum Umgang mit Nachbarn. *„Achtet auf Eure Nachbarn, fragt sie, ob sie etwas brauchen, das sind meist ältere Leute und ihr seid täglich in Stettin, fragt doch, ob ihr etwas mitbringen könnt“*, rät Alicja Spiczak-Berezinski ihren Käufern. Meist klappt es dann auch gut mit den Nachbarn. Während meines zweistündigen Besuchs bei den Bujnowicz' in Rossow kam gleich zweimal der Nachbar, um Brennholz vorbeizubringen. Man kennt sich, lädt sich zu Geburtstagen ein. Gleichwohl wissen die Polen auch von Deutschen mit rechtsextremer Gesinnung und meiden sie.

„Direkt tun sie einem ja nichts, sagen einem auch nicht direkt etwas ins Gesicht, aber man merkt doch eine Note der Abneigung“, sagt Alicja Spiczak-Berezinski. Spüren würde man jedoch auch die Solidarität der anderen Nachbarn, die um diese Leute gleichsam einen Bogen machen, hörte ich in Rossow.

Auf dem Weg über die Dörfer fallen mir mehr und mehr die Besonderheiten der Gegend auf. Die Dörfer sind alle ordentlich, die Gärten gepflegt. Bei vielen Häusern sieht man den aus DDR-Zeiten typischen grauen Putz an der Fassade. Einige werden zum Verkauf angeboten. Bei den Häusern, die eine neue Wärmedämmung haben, renoviert sind und mit bunten Farben auffallen, stehen Autos, meist größere Familienwagen, mit Stettiner Kennzeichen davor. Polen wurden von den Deutschen lange Zeit als arme Nachbarn wahrgenommen. Dafür dass die Deutschen Schwierigkeiten haben, sich an neue Realitäten zu gewöhnen, äußern die neuen polnischen Nachbarn Verständnis. Es gibt Leute, die darüber verbittert sind, dass es den Polen besser geht. Solche Leute klagen über alle möglichen Veränderungen, die mit dem Wegfall der Grenze zusammenhängen. Darüber, dass es mehr Verkehr gibt auf der Straße, dass weniger Wild im Wald ist, und so weiter. Aber viele freuen sich auch, dass die Häuser nicht weiter verfallen, dass wieder mehr Leben im Dorf ist oder dass durch die neuen polnischen Kinder der Schulbetrieb nicht aufgegeben werden muss.

## **Löcknitz – Anzahl der Wahlplakate wird beschränkt**

Mit Spannung fahre ich in die Stadt, über die ich schon so viel gehört habe, nach Löcknitz. Dort bin ich mit dem polnischen Mitarbeiter der örtlichen Wohnungsverwaltung verabredet. Ich habe aber noch ein wenig Zeit und sehe mich ein bisschen um. Zunächst fällt mir auf, dass in Löcknitz kaum polenfeindliche Wahlpla-

kate zu sehen sind. Wie ich später erfahren soll, hat der Gemeinderat – wegen der vielen Beschwerden bei den letzten Wahlen – beschlossen, die Anzahl der zulässigen Wahlplakate pro Partei zu beschränken, daher fallen die rechtsextremen Wahlplakate weniger auf. Die ortsansässigen Polen haben diese Entscheidung mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen.

Es ist ein warmer Sommertag, in Polen ist heute Feiertag und somit noch langes Wochenende. Ich fahre kurz zum See, wo ich einige Radfahrer aus Stettin bei einem Ausflug treffe. Sie machen gern Fahrten auf vorpommerscher Seite, in Richtung Stettin müssten die Radwege noch weiter ausgebaut werden. In Mecklenburg-Vorpommern beginnt heute wieder die Schule nach den großen Ferien, an der Straße zum See warten ausgelassene – wie man unschwer heraushören kann – polnische Schüler auf den Schulbus. Genau gegenüber, auf der anderen Straßenseite erblicke ich an einem Auto lehrend einige grimmige Gestalten, die in T-Shirts mit eindeutig rechtsextremer Symbolik stecken. Ein Kontrast, der bei mir ein recht unbehagliches Gefühl auslöst. Konrad Modrzejewski von der Wohnungsverwaltung, der auch selbst seit einigen Jahren in der Umgebung wohnt, reagiert eher gelassen, als ich von meiner Beobachtung erzähle: „Wissen Sie, da sehen Sie vielleicht mehr als ich.“ Ihm sei so etwas noch nicht aufgefallen und er glaube auch nicht, dass das Polen wahrnehmen würden.

Die Probleme, mit denen die Wohnungsverwaltung zu tun habe, seien eher normaler nachbarschaftlicher Natur, das seien seiner Meinung nach nicht unbedingt gleich Spannungen zwischen Polen und Deutschen. „Es kann immer vorkommen, dass ein Nachbar einen anderen nicht leiden kann“, äußert Konrad Modrzejewski vorsichtig. Nur selten würden sie als Wohnungsverwaltung einschreiten müssen. Häufig seien einfach kulturelle Unterschiede die Ursache für Konflikte zwischen deutschen und polnischen Mietern. „Aber das

sind eher Missverständnisse“, sagt Konrad Modrzejewski, „wenn jemand den Müll in den falschen Müllcontainer wirft oder in der Mittagszeit Lärm macht, da man so etwas wie Mittagsruhe in Polen nicht kennt.“ Und zu den bekannten Zerstörungen an Autos mit polnischen Kennzeichen sagt er: „Wie oft passiert das in Stettin, dass einem zum Beispiel nachts der Spiegel abgebrochen wird.“ Hier in Löcknitz könne man sich schon entschieden sicherer fühlen, meint er, auch wenn alle paar Jahre mal so ein Zwischenfall geschehe. Generell sei das Zusammenleben besser geworden. Es gebe mittlerweile auch weniger Probleme auf den Ämtern, da die Ämter inzwischen auf polnische Besucher eingestellt seien. In der Anfangszeit, als Polen begannen sich hier niederzulassen, hätten die Ämter noch keine Erfahrung gehabt, da sei ihnen das über den Kopf gewachsen.

Auch die Bujnowicz' hatten die Hilfsbereitschaft bei den Behörden gelobt, dass dort Broschüren und Hinweise in polnischer Sprache auslagen, bemerkten sie positiv. Einzig ein bisschen mehr Informationen und aktuelle Hinweise wünschten sie sich im Internet. Da seien die Deutschen hier eben ein bisschen wie hinter dem Mond, lachten sie. Von Problemen oder Benachteiligungen bei Behördengängen konnte niemand berichten. Einzig in Blankensee wurde mir berichtet, dass man mittlerweile keine Konten mehr eröffnen kann, wenn man nicht ausreichend deutsch könne, woraufhin potentielle Kunden die Bank gewechselt haben.

## Was bleibt?

Die Geschichten und Berichte, die ich in diesen Tagen gehört habe, ähneln sich: demolierte Autos, sich streitende Kinder, die massive Präsenz der NPD im Landschaftsbild. Es ist zu spüren, dass es polenfeindliche Tendenzen gibt, doch kaum einer meiner Gesprächspartner will das als ein großes Problem sehen. Die meisten sind hier zufrieden, haben – trotz der Sprachbarriere – freundliche Kontakte zu den Nachbarn und haben positive Eindrücke gesammelt in der Zeit, seitdem sie sich hier niedergelassen haben. Wenn wir über Probleme redeten, so relativierten die polnischen Gesprächspartner meist, verwiesen auf ähnliche Probleme, die es in Polen auch gebe, hinterfragten, ob Polen nicht selbst bei Auseinandersetzungen Mitschuld hatten, äußerten Verständnis für Deutsche, die in der neuen Situation noch nicht zurechtgekommen seien und waren häufig der Meinung, gerade die polnischen Medien hätten die Fälle aufgebauscht.

Zum Abschluss gönne ich mir einen Besuch in einer Löcknitzer Konditorei. Die Bedienung erklärt geduldig auf Deutsch die mir aus Polen bekannten Tortenstücke. Ich lasse sie höflich gewähren. Komisch, denke ich, ich wusste gar nicht, dass es für all das deutsche Bezeichnungen gibt. An der viel befahrenen Straße nehme ich Platz. Gegenüber sucht die alte Apotheke einen neuen Betreiber, unter einer polnischen Mobilnummer kann man sich bei Interesse melden. Ich blättere durch die ausliegenden Tageszeitungen. „17 neue Erstklässler!“, freut sich der „Nordkurier“ auf Seite Eins. Mit zahlreichen Bildern berichtet er vom Schuljahresbeginn und von den neuen Einschulungen. Adrett zurechtgemachte Mädchen mit Schleifchen im Haar und Jungen in Anzug und Fliege sind abgebildet. Es sind polnische Kinder, man sieht es deutlich. Sie scheinen willkommen zu sein. Hoffentlich werden sie nicht angespuckt.



# Beispiele für deutsch-polnische Begegnungen

Christine Lang

Direkte persönliche Begegnungen und gegenseitiger Austausch über eine längere Zeit sind das beste Mittel gegen Vorurteile. Diese allgemeine Erkenntnis trifft auch auf die deutsch-polnische Grenzregion zu. Zwar kann der kontinuierliche Abbau von politischen und rechtlichen Barrieren zwischen den Ländern auch zu einigen Konflikten und Problemen führen, wie in den vorangegangenen Artikeln beschrieben wurde. Doch zugleich macht die damit erleichterte grenzüberschreitende Mobilität neue Beziehungen und Kontakte zu den Nachbarn jenseits der Grenze möglich. Auf diese Weise können auch mentale Barrieren, Vorurteile und Ressentiments abgebaut werden. Begegnungen zwischen Deutschen und Polen gibt es in vielfältigen Formen. Wahrscheinlich können viele Menschen, die in der Region leben, dafür Beispiele aus dem Alltag nennen: ob das nun Einkaufstouren nach Stettin und Swinemünde sind, grenzüberschreitende Feste und Veranstaltungen oder einfach der Alltag mit zugezogenen polnischen Nachbarn. Hier sollen drei Beispiele von Projekten und Institutionen herausgegriffen und vorgestellt werden, die sich die längerfristige Förderung deutsch-polnischer Begegnungen zum Ziel gesetzt haben – und die damit vielleicht auch Menschen erreichen, welche von sich aus weniger Kontakt zu Polen haben.

## **Städtepartnerschaft von Greifswald und Szczecin/Stettin**

Die Städtepartnerschaft von Greifswald und Stettin ist eines dieser guten Beispiele. Seit 1996 besteht eine Städtefreundschaft zwischen den beiden Städten, der 2010 mit der Unterzeichnung eines Städtepartnerschaftsvertrages noch weiteres Gewicht verliehen wurde. Zudem ist Greifswald bereits seit 1986 in einer Städtepartnerschaft mit Goleniów verbunden. Die Liste der Projekte, die sich im Rahmen dieser Städtebeziehungen entwickelt haben, ist umfangreich. Neben Kooperationen verschiedener naturwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen gibt es an der Universität Greifswald mehrere Institute, von der Germanistik bis zur Landschaftsökologie, die Beziehungen zu Partnerinstitutionen an der Universität Stettin unterhalten. Regelmäßig gehen daraus gemeinsame Workshops und Forschungsprojekte hervor. Auch im Bereich von Kunst und Kultur bestehen aktive deutsch-polnische Kontakte. Beispielsweise organisiert ein Verein jährlich das zehntägige Kulturfestival „polenmARkT“, zu dem polnische Autoren, Musiker und Kunstschaffende nach Greifswald kommen. Langfristige Beziehungen bestehen außerdem zwischen den Kunstwerkstätten Greifswald und Kunstschulen in Stettin und Goleniów, die gemeinsame Projekte mit deutschen und polnischen Schülern durchführen. Doch es gibt auch Partnerschaften in anderen Bereichen, wie zwischen Berufsschulen, Seniorenvereinen oder Kirchen.



Einige Projekte werden mit Hilfe von Fördermitteln der EU oder der Kommunalgemeinschaft Pomerania realisiert, die grenzüberschreitende Kooperationen finanziell unterstützen. Die Zusammenarbeit bleibt damit zunächst auf den Zeitraum der Förderung begrenzt. Andere Kontakte leben allein von der Eigeninitiative der Beteiligten, die mit einem meist beachtlichen ehrenamtlichen Engagement die deutsch-polnischen Begegnungen pflegen. Anett Dahms, bei der Stadt Greifswald für die Städtepartnerschaften zuständig, ist begeistert davon, wie viele solcher aktiver Initiativen sich im Rahmen der Partnerschaft entwickelt haben: *„Das ist wirklich etwas Besonderes.“*<sup>1</sup> Ganz von selbst entstehen diese grenzüberschreitenden Beziehungen allerdings nicht. Angestoßen und unterstützt werden sie auch von der Stadt. Anett Dahms nimmt dabei die Vermittlerrolle ein und bringt Personen und Initiativen aus Greifswald und seinen polnischen Partnerstädten zusammen. Erst kürzlich habe sie den Kontakt zwischen einer studentischen Theatergruppe in Greifswald und einer Theatergruppe in Goleniów hergestellt, berichtet sie. Eine wichtige Bedeutung für das Entstehen grenzüberschreitender Beziehungen innerhalb der Städtepartnerschaft hat auch die Öffentlichkeitsarbeit, das Bekanntmachen der Möglichkeiten der Städtepartnerschaft. Für Anett Dahms ist es *„wie mit Marketing oder Werbung: Die Leute müssen erst wissen, dass es etwas gibt und dann interessieren sie sich auch.“* Die deutsch-polnischen Begegnungen zwischen Greifswald und Stettin laufen *„sehr freundschaftlich“* ab, sagt Dahms. Das liege natürlich auch in der Natur einer Städtepartnerschaft, bei der die Begegnungen auf freiwilliger Basis und aus persönlichem Interesse heraus organisiert werden. Dennoch bringen interkulturelle Beziehungen ihre speziellen Herausforderungen für die Beteiligten mit sich. Unterschiede in Mentalitäten und Kulturen treffen aufeinander und müssen unter einen Hut gebracht werden – wie beispielsweise die meist längerfristigen Planungswün-

sche der deutschen Partner und die vergleichsweise kurzfristigen Planungen der polnischen Partner. Insgesamt sind die Erfahrungen in Greifswald sehr positiv. Die Städtepartnerschaft ist ein guter Rahmen, in dem vielfältige Kontakte zwischen Polen und Deutschen bereits entstanden sind und sich weiterhin entwickeln und intensivieren. Deutsch-polnische Begegnungen werden somit vor Ort mehr und mehr zur gelebten Realität.

## Jugendbegegnungsstätte Golm

An einer etwas anderen Stelle setzt die Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte (JBS) Golm an. Sie liegt bei Kamminke auf Usedom, direkt an der deutsch-polnischen Grenze, und in unmittelbarer Nähe der Kriegsgräber- und Gedenkstätte auf dem Golm. Neben einem Soldatenfriedhof befindet sich hier die Ruhestätte vieler Opfer des Bombenangriffes auf Swinemünde am 12. März 1945, bei dem zwischen 6.000 und 14.000 Menschen ums Leben kamen.

Die Vermittlung von Geschichte steht im Zentrum der Projekte der JBS Golm. Die Einrichtung wurde am 12. März 2005 eröffnet und wird vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. unterhalten. Jugendliche sollen dort die gemeinsame deutsch-polnische Geschichte direkt vor Ort erfahren. Die Projekte richten sich vorwiegend an deutsche Schulklassen, die sich dort im Rahmen einer Projektwoche unter anderem mit den Themen Krieg, Flucht und Vertreibung auseinandersetzen, Zeitzeugen treffen und bei einer Exkursion die deutsche und polnische Geschichte und Gegenwart Swinemündes kennenlernen. Manche deutsche Schulklassen verbringen die ganze Projektwoche mit einer polnischen Partnergruppe, für die anderen Gruppen gibt es die Möglichkeit von Tagesbegegnungen mit polnischen Jugendgruppen aus Swinemünde und Umgebung. Erklärtes Ziel der Jugendbe-

---

1 Telefonisches Interview mit Anett Dahms, Integrationsbeauftragte der Stadt Greifswald, 8.6.2011.

gegnungsstätte Golm ist neben der friedenspädagogischen Vermittlung von Geschichte auch die Förderung grenzüberschreitender Beziehungen durch persönliche Kontakte zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen. Das Angebot stößt offenbar auf viel Interesse, die Jugendbegegnungsstätte ist immer gut ausgebucht. Die stellvertretende Leiterin der JBS Golm, Kinga Sikora,<sup>2</sup> verweist jedoch darauf, dass der Großteil der deutschen Schulklassen nicht aus der grenznahen Region selbst, sondern aus anderen Gegenden Deutschlands, zu den Projektwochen kommt. In Mecklenburg-Vorpommern sei das Interesse geringer, bedauert sie. Schulklassen aus der Region kämen eher für einen Projekttag, der sich meist auf die Geschichte von Krieg und Bombenangriff beschränke. Häufig seien die Jugendlichen bei diesen Besuchen nicht gut vorbereitet und wüssten nicht wirklich, warum sie eigentlich zum Golm kämen. Doch insgesamt mache die Jugendbegegnungsstätte gute Erfahrungen mit ihrer Arbeit. Die Resonanz der Jugendlichen auf die Projektwochen sei positiv, berichten Kinga Sikora und Mariusz Siemiątkowski, die beiden polnischen Mitarbeiter der Einrichtung. Zu Beginn einer Projektwoche sei bei vielen der Jugendlichen das Interesse an der Geschichte zwar noch gering, aber es wachse im Laufe der Tage. Auch die deutsch-polnischen Tagesbegegnungen werden von den Jugendlichen gerne wahrgenommen. Sie würden dabei merken, wie ähnlich doch die Interessen oder der Musikgeschmack bei den polnischen Altersgenossen sind. Mit polenfeindlichen Einstellungen unter Jugendlichen hätten sie dagegen wenige Erfahrungen gemacht. Sikora berichtet von einem Fall, als ein Usedomer Teilnehmer am Anfang einer Projektwoche den polnischen Jugendlichen nicht die Hand geben wollte. Das habe sich aber geändert und am Ende habe er sich von jedem mit Händedruck verabschiedet. Nicht nur bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Projekte, auch

vor Ort in Kamminke scheint die Einrichtung gut angenommen zu werden. Anfängliche Befürchtungen der Bewohner vor Lärmbelästigung durch laute Jugendgruppen seien verschwunden, meinen die beiden Mitarbeiter, und bei den zweimal jährlich stattfindenden größeren Veranstaltungen würden auch viele Kamminker zu Kaffee und Kuchen in die Jugendbegegnungsstätte kommen.

## Deutsch-polnische Jugendprojekte am Schloss Bröllin

Grenzüberschreitende Jugendbegegnungen, das ist auch ein Ziel der Jugendarbeit am Schloss Bröllin. Dieser ehemalige Gutshof in der Nähe von Pasewalk ist seit 1992 Sitz des Vereins Schloss Bröllin e. V., dessen Aktivitäten sowohl internationale Kunstproduktionen als auch Jugendaustausch und Jugendarbeit umfassen. Im Bereich Jugendarbeit liegt dabei seit dem Jahr 2000 ein Schwerpunkt auf deutsch-polnischen Projekten. In den Projekten werden Jugendarbeit und interkulturelle Begegnungen mit Theater und Musik verknüpft – in Form von Wochenenden mit Theater- und Hiphop-Workshops oder von mehrtägigen Musicalproduktionen. Diese Angebote richten sich an Jugendliche zwischen 13 und 25 Jahren. Vorkenntnisse oder besondere Talente seien dafür nicht vonnöten, wie die Leiterin der kulturellen Jugendarbeit, Christine Lauenstein, betont, sondern es gehe darum, „von der Bushaltestelle weg Angebote für alle Jugendliche“ in der Region zu machen.<sup>3</sup> Dabei wird gezielt versucht, ein breites Spektrum von Teilnehmerinnen und Teilnehmern anzusprechen, auch Jugendliche aus als problematisch bekannten Jugendclubs oder dem betreuten Jugendwohnen. Die polnischen Jugendlichen werden über Partnerinstitutionen auf die Angebote in Bröllin aufmerksam gemacht. Inzwischen ist die Jugendarbeit am Schloss Bröllin so bekannt, dass die

---

2 Interview mit Kinga Sikora, stellvertretende Leiterin der JBS Golm, und Mariusz Siemiątkowski, pädagogischer Mitarbeiter, 3.6.2011.

3 Interview mit Christine Lauenstein, Leiterin der kulturellen Jugendarbeit am Schloss Bröllin, 15.6.2011.

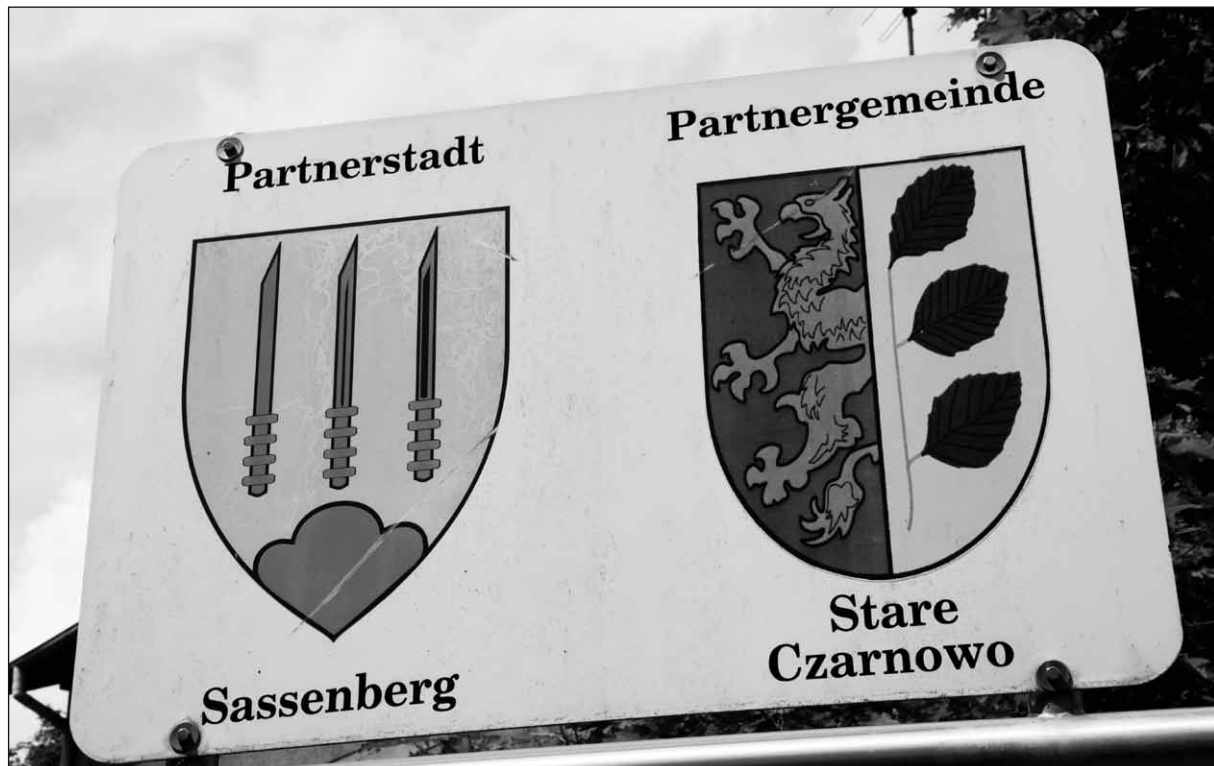
Workshops voll sind und es sogar Wartelisten gibt. Der spezielle Reiz oder das „Gold von Bröllin“, wie es Christine Lauenstein formuliert, liegt dabei auch in dem Kontakt zu internationalen Künstlern vor Ort. Die Jugendlichen haben so die Möglichkeit Fragen zu stellen, Proben von Theater- und Tanzensembles anzuschauen oder mal in einer kleinen Szene mitzumachen. Dies sei dann auch „für Hans Meier vom Dorf, der noch nie bei einem Projekt aktiv dabei war und sich gedacht hat: Bröllin, was ist denn das, eine andere Sache.“

Inhaltlich ist in den Projekten nicht das Künstlerische entscheidend, sondern die Tatsache, dass die Jugendlichen Dinge selbst und gemeinsam entwickeln, ausprobieren und am Ende auf der Bühne aufführen. „Es geht darum, dass sie aktiv etwas miteinander machen. Was die dann machen, ob das nun Hip-hop, Film, Tanz oder ein Musical ist, ist nicht so wichtig“, erklärt Christine Lauenstein. Dies dient einerseits dem individuellen Empowerment der Jugendlichen, dem Überschreiten ihrer persönlichen Grenzen. Andererseits lernen sie sich, gerade bei den deutsch-polnischen und internationalen Projekten, durch die gemeinsamen Aktivitäten intensiv kennen. Dazu gehört auch der Abwaschplan: „Da mischen wir sie gleich: Zwei Deutsche, zwei Polen, bei den internationalen Projekten jeweils fünf... In der Küche können sie dann ihre Musik einlegen und eine halbe Stunde zusammen abwaschen, da passiert schon einiges.“

Das grenzüberschreitende Kennenlernen ist außerdem auch ein expliziter pädagogischer Bestandteil der deutsch-polnischen Workshops. Anhand ihrer eigenen Packpapier-Silhouetten thematisieren die Jugendlichen ihre Einstellungen zum Nachbarland: „...bis zum Bauchnabel sollen die Deutschen schreiben, was sie an Polen so richtig doof finden“, beschreibt Christine Lauenstein dieses Konzept. „Da können sie so richtig vom Leder ziehen: Vater erzählt am Abendbrotstisch, die Straßen sind schlecht... Und auf die rechte

Seite ab dem Bauchnabel... sollen sie schreiben, ob sie schon mal etwas Gutes erlebt haben. Sie fahren ja auch nach Stettin und da gibt's H&M, gibt's hier nicht in der nahen Umgebung... Das gleiche sollen sie auch für Deutschland machen: Was mag ich eigentlich an meinem Land und was mag ich nicht? Und die Polen genauso.“ Auf diese Weise entstehen Diskussionen unter den Jugendlichen, bei denen Vorurteile und positive Eindrücke aufeinander treffen: „Wenn dann einer sagt, dem Onkel ist das Auto gestohlen worden, um erst einmal zu provozieren, dann sagen die Mädchen: Trotzdem, Galaxy, das große Einkaufszentrum in Stettin ist toll. Da kann ich meinen Latte trinken, das geht nicht in Pasewalk.“ Polenfeindliche Einstellungen hört die Projektleiterin dabei häufiger. Ein Drittel bis die Hälfte der deutschen Jugendlichen trage das in sich, wobei zum Teil auch die Angst vor neuer Konkurrenz um die raren Arbeitsplätze in der Region mitspiele.

Das Ziel hinter den Workshops ist es, so Christine Lauenstein, die Jugendlichen wacher, offener und neugieriger gegenüber fremden Menschen und Eindrücken zu machen, „kleine Pflänzchen“ wachsen zu lassen. „Ich werde die Einstellungen nicht grundlegend ändern, aber das, was sie miteinander erlebt haben, nicht nur die Diskussionen, sondern auch das, was sie gemeinsam mit kulturpädagogischen Mitteln machen, sie stehen ja auf der Bühne oder machen gemeinsam Abwasch, das schweißt zusammen und bietet Raum für aktiven Austausch... Diese Bilder und Erfahrungen bleiben vielleicht irgendwo. Es reicht vielleicht nicht, wenn die kleine Silke ihre Stimme am Abendbrotstisch erhebt und sagt: Die Straßen mögen zwar schlecht sein, aber ich hab tolle Sachen mit den Polen am Wochenende erlebt, ich fand die schon klasse. Aber sie hat es hier, im Herzen, und nimmt es mit. Und vielleicht ist die Hemmschwelle, wieder jemanden offen anzufinden, der aus Polen kommt, doch geringer.“



Der Bezug zu Polen und Vorurteile gegenüber Polen sind, neben den Workshops, auch das Thema von Projekttagen und -wochen, die mit regionalen Schulen veranstaltet werden. Gemeinsam mit dem Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. organisierte Christine Lauenstein beispielsweise Projektwochen zu Vorurteilen an der Regionalschule Löcknitz. Dort gibt es inzwischen über 40 polnische Schülerinnen und Schüler. In den Projektwochen wird daher mit den deutschen Jugendlichen gleich zu Beginn des Schuljahres, bevor sie auf ihre polnischen Mitschüler treffen, zum Thema Vorurteile gearbeitet. Dies soll verhindern, dass sich Vorurteile gegenüber Polen in den Köpfen der Jugendlichen festsetzen.

Bedarf gibt es auch für weiterführende Projekte dieser Art. Christine Lauenstein denkt dabei in erster Linie an generationenübergreifende Projekte: *„Was nützt es, wenn wir nur bei den Jugendlichen kleine Pflänzchen wachsen lassen. Es wäre schön, wenn wir auch die Eltern miteinbeziehen.“* Das Ziel für die Zukunft sei daher, Situationen zu schaffen, in denen auch die Erwachsenen – wie die Jugendlichen bei den deutsch-polnischen Workshops – ihre Erfahrungen und Ängste erzählen und ihre Wahrnehmung schulen können. Daneben müsste es mehr gemeinsame Aktionen von Menschen aus Deutschland und Polen geben. *„Miteinander etwas machen“* als wichtiger Ausgangspunkt für grenzüberschreitendes Kennenlernen, solche Begegnungen in generationenübergreifenden Workshops, unterstreicht Christine Lauenstein abschließend, *„das wäre dann nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sondern damit wäre etwas angeschoben“.*

## Die Autoren

### Dierk Borstel

ist promovierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Lehrbeauftragter der Universität Rostock und Fachhochschule Dortmund sowie ehrenamtlicher Vorsitzender des Vereins „Community Coaching – Institut für Demokratieentwicklung“ in Berlin. Zu seinen Themenschwerpunkten gehören die kommunale Auseinandersetzung mit Demokratie gefährdenden Phänomenen, die Entwicklung des Rechtsextremismus sowie die Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis.

### Adrian Fiedler

studierte Slavistik/Polonistik und Neuere Geschichte in Potsdam, Opole und Warschau. Er arbeitet als Dolmetscher, Übersetzer und Sprachlehrer und ist in deutsch-polnischen Projekten der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg aktiv.

### Niels Gatzke

studierte Politikwissenschaft in Potsdam, Wien und Toruń. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören das Zusammenleben im deutsch-polnischen Grenzraum, der Abbau von Vorurteilen gegenüber Polen, sowie Politik, Gesellschaft und Geschichte Mittel- und Osteuropas. Er arbeitet als Bildungsreferent und Projektleiter von *perspektywa*, einem Projekt gegen Polenfeindlichkeit und polenbezogene Ressentiments der RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.

### Christine Lang

ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Sie arbeitet insbesondere zu den Themen gesellschaftliche und politische Partizipation von Migranten und ethnischen Minderheiten sowie Rassismus und Diskriminierung.

### Katja Wegner

studierte Kommunikations- und Politikwissenschaften. Als freiberufliche Journalistin schreibt sie über Themen wie die polnisch-deutschen Beziehungen und die Politik der Europäischen Union. Außerdem leitet sie als „*perspektywa* Expertin“ Seminare und Workshops zum Thema polenbezogene Ressentiments in Mecklenburg-Vorpommern.



**SCHULE GESTALTEN MINDERHEITEN STÄRKEN MÖGLICHKEITEN ERGRÜNDEN  
INNOVATIONEN ENTDECKEN WEGE ERKENNEN KOOPERATIONEN STIFTEN  
MENSCHEN STÄRKEN BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN GEMEINSINN SCHAFFEN**